



IndustriAll European Trade Union

Eucob@n-Bericht

2016

Inhalt

0	Wichtigste Ergebnisse der diesjährigen Umfrage	4
1	Überblick über die Wirtschaftslage	5
1.1	Produktion und Wirtschaftswachstum.....	6
1.2	Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.....	7
1.2.1	Erwerbstätigkeit	Error! Bookmark not defined.
1.2.2	erwerbslosigkeit	9
1.3	Verbraucherpreise.....	10
1.4	Arbeitsentgelte und Arbeitsproduktivität – Lohnstückkosten	11
1.4.1	Arbeitsproduktivität	11
1.4.2	Reale Lohnstückkosten.....	12
1.4.3	Lohnquote und Verteilung	14
1.5	Qualitative Arbeitsfragen	18
1.5.1	Befristete Beschäftigung	18
1.5.2	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle.....	23
2	Tarifsysteme – sektorübergreifender Überblick	24
2.1	Tarifverhandlungsebenen	24
2.2	Verbreitung von Öffnungsklauseln.....	26
2.3	Geltungsbereich der Vereinbarungen	28
2.4	Arbeitskampfmaßnahmen.....	30
2.5	Beteiligung der nationalen Gewerkschaftsverbände	31
2.6	Mindestlöhne	33
2.7	Lohnkoordinierungsregel und Gesamtwert des Vertrags (VOWA)	35
3	Ergebnisse der Tarifverhandlungen nach Sektoren	37
4.1	Metallsektor	37
3.1.1	Produktion	37
3.1.2	Beschäftigung	38
3.1.3	Antworten auf die Umfrage	39
3.2	Sektoren Bergbau, Chemie und Energie.....	45
3.2.1	Produktion	45

3.2.2	Beschäftigung	46
3.2.3	Antworten auf die Umfrage	47
3.3	Sektoren Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe	49
3.3.1	Produktion	49
3.3.2	Beschäftigung	50
3.3.3	Antworten auf die Umfrage	51
3.4	Stahlsektor	53
3.4.1	Produktion	53
3.4.2	Beschäftigung	54
3.4.3	Antworten auf die Umfrage	55
4	Sektorübergreifender Vergleich	59
4.1	Produktion	59
4.2	Beschäftigung	60

0 Wichtigste Ergebnisse der diesjährigen Umfrage

Zusammenfassung der interessantesten Informationen aus den eingegangenen Antworten:

- ✓ Die schwierige Wirtschaftslage in Europa, neoliberale Politik, Sparmaßnahmen und ein massives Überangebot billiger Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern belasten die Tarifverhandlungen auch weiterhin.
- ✓ Positive Entwicklungen waren in den letzten Jahren bei wichtigen Kennzahlen wie dem BIP-Wachstum und Beschäftigungsniveau zu beobachten. Dies könnte nach und nach auch die Position der Gewerkschaften in Lohnverhandlungen verbessern.
- ✓ Die nationale Ebene ist, sowohl auf sektoraler als auch sektorübergreifender Ebene, weiter wichtig, wobei letztere offenbar an Bedeutung gewinnt. Gleichzeitig wissen wir, dass die Lohnverhandlungen immer mehr auf Unternehmensebene dezentralisiert werden.
- ✓ In neun der Länder, die an der diesjährigen Umfrage teilgenommen haben, gibt es Öffnungsklauseln, die den Unternehmen ermöglichen, von nationalen oder regionalen Tarifverträgen abzuweichen. In Deutschland sind Abweichungen nur bei Erfüllung strenger Kriterien möglich.
- ✓ *Erga-omnes*-Vereinbarungen, d. h. für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, werden immer häufiger und auch als Instrument verwendet, um Wettbewerbsvorteile nicht organisierter Arbeitgeber und Sozialdumping durch ausländische Unternehmen zu vermeiden.
- ✓ Arbeitskampfmaßnahmen wurden aus einer Reihe von Sektoren mehrerer Länder gemeldet. Die längsten Streiks gab es in den Niederlanden.
- ✓ Eine Beteiligung der nationalen Gewerkschaftsdachverbände wurde aus Finnland, Norwegen und weiteren Ländern berichtet. In Ländern wie Deutschland und Italien sprechen sich die industriAll-Mitgliedsorganisationen gegen jede Einmischung von Dachverbänden in Tarifverhandlungen aus.

1 Überblick über die Wirtschaftslage

- ✓ Die europäische Wirtschaft verzeichnete 2015 eine leichte Erholung, das Produktionsvolumen legte in der EU-28 um 2,0 % zu. Für die beiden Jahre 2016 und 2017 wird ein weiterer Anstieg von 3,7 % des Gesamtwachstums vorhergesagt.
- ✓ Das BIP-Wachstum geht nicht mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einher. Während die Produktion in der EU-28 im Zeitraum 2015-2017 voraussichtlich um 5,7 % wachsen soll, wird der Beschäftigungszuwachs auf lediglich 3,0 % geschätzt.
- ✓ Deutschland, Schweden, Estland und Litauen erfüllten letztes Jahr bereits das 2020-Ziel bezüglich Beschäftigungsquoten. Alle anderen verfehlten die Vorgaben, einige davon sehr deutlich.
- ✓ Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr ernst, die Arbeitslosigkeit lag 2016 im EU-Durchschnitt bei über 9 %. In Mazedonien, Spanien und Griechenland waren über 20 % als erwerbslos gemeldet, während nur 5 Länder eine Arbeitslosenquote von unter 5 % vorweisen konnten.
- ✓ Die Inflation hat in der EU und im Euro-Raum einen historischen Tiefststand erreicht. 2015 war kein Anstieg der Verbraucherpreise zu beobachten. 2016 zogen sie wieder leicht an.
- ✓ Die Arbeitsproduktivität dürfte in den nächsten Jahren allmählich zunehmen, was auf eine leichte Produktionssteigerung zurückzuführen ist, die sich jedoch nicht in einem entsprechenden Beschäftigungszuwachs niederschlagen wird.
- ✓ Die realen Lohnstückkosten in der EU gehen Jahr für Jahr zurück. Der Rückgang im Fünfjahreszeitraum 2013-2017 dürfte 1,8 % betragen.
- ✓ Historisch gesehen stiegen die Lohnkosten zwischen Mitte der 1970er Jahre und 2005 weniger rasch als die Produktion. Eine, seit 2005 zu beobachtende, positive Entwicklung des Lohnanteils am BIP ist jedoch eher auf das geringe Wirtschaftswachstum als auf hohe Lohnsteigerungen zurückzuführen. Die osteuropäischen Mitgliedstaaten hinken diesbezüglich hinter dem Westen hinterher.
- ✓ Der durchschnittliche Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse in der EU belief sich 2015 auf 14,1 %. Der Prozentsatz davon betroffener junger Arbeitnehmer betrug in der EU-28 43,3 % und im ER-19 52,9 %. Es gab große Unterschiede zwischen den europäischen Ländern.
- ✓ Der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung stieg seit 2011 stetig an. 2015 betrug er rund 29,1 %, wobei der Prozentsatz im Euro-Raum leicht höher ausfällt als in der EU insgesamt. 15,8 % der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten in der EU waren 2014 armutsgefährdet.
- ✓ 2014 lag das verfügbare Einkommen von fast der Hälfte der Erwerbslosen (18 Jahre und älter) unter der Armutsgefährdungsschwelle.
- ✓ Das geschlechtsspezifische Lohngefälle hat sich 2010 bis 2014 in fünf Ländern, für die Eurostat-Daten vorliegen, vergrößert und blieb in drei Staaten unverändert. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Ländern mit einem allgemein hohen Maß an Geschlechtergleichstellung am geringsten.
- ✓ Das Produktionsvolumen von Metallerzeugnissen (Investitionsgüter) legte im Zeitraum 2010-2015 in der EU um fast 13,7 % zu, die Beschäftigung stieg jedoch nur um 4,6 %.
- ✓ Die Produktion in der chemischen Industrie und das Beschäftigungsniveau sind seit 2010 rückläufig.

- ✓ Die Produktion in der europäischen Bekleidungsindustrie ist seit 2010 relativ stark eingebrochen (-14,8 %). Große Herstellerländer wie Belgien und Italien mussten einen Rückgang von 24 % hinnehmen. In der Türkei erzielte der Sektor hingegen Zuwächse.
- ✓ Das Produktionsvolumen im Bereich der Metallerzeugung ist seit 2010 kaum gestiegen, und die Beschäftigung in diesem Sektor ist rückläufig.

1.1 Produktion und Wirtschaftswachstum

Die europäische Wirtschaft erholt sich langsam. Die Gesamtproduktionsmenge in der EU-28 stieg 2014 um 1,4 % und 2015 um weitere 2,0 % an. Die Prognosen für die Jahre 2016 und 2017 sind mit einem erwarteten Wachstum von 3,7 % sehr positiv. Es sind jedoch durchaus unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern zu beobachten. Irland verzeichnete 2015 ein für Europa selten hohes BIP-Wachstum von sage und schreibe 7,8 %. In Finnland, Österreich und Italien wuchs die Wirtschaft um weniger als 1,0 %, während sich die missliche Lage in Griechenland mit einem weiteren Rückgang um 0,2 % fortsetzte. Für 2016 wird in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Griechenland mit einem BIP-Wachstum gerechnet. Mit einem Wachstum von immerhin noch 4,9 % scheint das „irische Wunder“ anzuhalten. Für 2017 wird in allen Ländern ein BIP-Wachstum prognostiziert.

Tabelle 1: BIP in Landeswährung, Veränderung in %, Quelle: AMECO

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	0,2	1,4	2,0	1,8	1,9
ER-19	-0,3	0,9	1,7	1,6	1,8
Belgien	0,0	1,3	1,4	1,2	1,6
Bulgarien	1,3	1,5	3,0	2,0	2,4
Tschechien	-0,5	2,0	4,2	2,1	2,6
Dänemark	-0,2	1,3	1,2	1,2	1,9
Deutschland	0,3	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	1,6	2,9	1,1	1,9	2,4
Irland	1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Griechenland	-3,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Spanien	-1,7	1,4	3,2	2,6	2,5
Frankreich	0,7	0,2	1,2	1,3	1,7
Kroatien	-1,1	-0,4	1,6	1,8	2,1
Italien	-1,7	-0,3	0,8	1,1	1,3
Zypern	-5,9	-2,5	1,6	1,7	2,0
Lettland	3,0	2,4	2,7	2,8	3,1
Litauen	3,5	3,0	1,6	2,8	3,1
Luxemburg	4,3	4,1	4,8	3,3	3,9
Ungarn	1,9	3,7	2,9	2,5	2,8
Malta	4,1	3,7	6,3	4,1	3,5
Niederlande	-0,5	1,0	2,0	1,7	2,0
Österreich	0,3	0,4	0,9	1,5	1,6
Polen	1,3	3,3	3,6	3,7	3,6
Portugal	-1,1	0,9	1,5	1,5	1,7
Rumänien	3,5	3,0	3,8	4,2	3,7
Slowenien	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Slowakei	1,4	2,5	3,6	3,2	3,3
Finnland	-0,8	-0,7	0,5	0,7	0,7
Schweden	1,2	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	2,2	2,9	2,3	1,8	1,9

EJR Mazedonien	2,9	3,5	3,7	3,5	3,5
Island	4,4	2,0	4,0	3,5	3,3
Türkei	4,2	2,9	4,0	3,5	3,7
Montenegro	3,5	1,8	3,2	3,6	3,9
Serbien	2,6	-1,8	0,7	2,0	2,5
Albanien	1,1	2,0	2,6	3,2	3,5
Norwegen	1,0	2,2	1,6	1,2	1,7
Schweiz	1,8	1,9	0,9	1,2	1,5

1.2 Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

1.2.1 Erwerbstätigkeit

Das BIP-Wachstum geht nicht mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einher, obwohl sich die Arbeitsmarktlage vor dem Hintergrund einer recht guten Konjunkturprognose verbessert. Während die Produktion in der EU-28 im Zeitraum 2015-2017 voraussichtlich um 5,7 % wachsen soll, wird der Beschäftigungszuwachs auf lediglich 3,0 % geschätzt. Da die Beschäftigung im Jahr 2014 wieder leicht anstieg, entspannte sich auch die Situation in Spanien. Hier wurde im Vorjahr ein Zuwachs von 2,9 % verzeichnet, und für den Zweijahreszeitraum 2016-2017 wird ein weiterer Anstieg um 4,7 % vorhergesagt. Negativ zu berichten ist, dass die französischen und italienischen Beschäftigungszahlen langsamer steigen.

Tabelle 2: Gesamtzahl der Erwerbspersonen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Quelle: AMECO

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	-0,3	1,0	1,1	1,0	0,9
ER-19	-0,7	0,6	1,0	1,0	1,0
Belgien	-0,4	0,3	0,8	0,8	1,1
Bulgarien	-0,4	0,4	0,4	0,3	0,5
Tschechien	0,3	0,6	1,2	0,4	0,3
Dänemark	0,1	0,8	1,1	0,9	0,9
Deutschland	0,6	0,9	0,8	1,1	0,8
Estland	1,2	0,8	2,9	-0,9	-0,2
Irland	2,4	1,7	2,6	1,7	1,4
Griechenland	-3,6	0,1	1,9	0,5	2,0
Spanien	-2,9	0,9	2,9	2,5	2,2
Frankreich	0,0	0,3	0,4	0,5	0,7
Kroatien	-2,6	2,6	1,7	1,0	1,4
Italien	-1,8	0,1	0,6	0,7	0,6
Zypern	-6,0	-2,3	0,9	1,0	1,3
Lettland	2,3	-1,4	1,4	0,3	0,5
Litauen	1,3	2,0	1,3	0,2	0,1
Luxemburg	1,8	2,5	2,5	2,6	2,5
Ungarn	0,9	4,8	2,8	0,9	0,1
Malta	3,7	5,1	3,5	2,9	2,7
Niederlande	-0,9	-0,2	0,9	1,1	1,1
Österreich	0,5	0,9	0,6	0,9	0,9
Polen	-0,1	1,7	1,4	0,7	0,5
Portugal	-2,9	1,4	1,4	0,9	0,7
Rumänien	-0,9	0,8	-0,9	0,0	-0,1
Slowenien	-1,4	0,6	1,4	0,7	0,7
Slowakei	-0,8	1,4	2,0	1,8	1,5
Finnland	-0,7	-0,9	-0,3	0,2	0,3

Schweden	1,0	1,4	1,5	1,6	1,6
Vereinigtes Königreich	1,2	2,3	1,5	1,0	0,9
EJR Mazedonien	5,6	1,7	2,3	2,2	2,0
Island	3,4	1,6	3,8	2,8	2,5
Türkei	2,8	1,6	2,5	2,7	2,8
Montenegro	1,1	7,1	2,5	1,8	2,1
Serbien	3,7	10,1	0,6	0,2	0,3
Albanien	-4,3				
Norwegen	1,1	1,1	0,5	0,3	0,7
Schweiz	1,4	1,8	1,5	-1,4	0,8

Die EU hat sich im Rahmen ihrer 2020-Strategie das Ziel gesetzt, die Erwerbsbeteiligung der 20- bis 64-Jährigen auf 75 % zu erhöhen. Die spezifischen Vorgaben für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten variieren von 62,9 % in Kroatien bis zu 80 % in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

In Deutschland, Schweden, Estland und Litauen wurde das Ziel bereits 2015 erreicht. Alle anderen Mitgliedstaaten hinken noch hinterher. Am besorgniserregendsten ist die Situation in Griechenland, wo diese Beschäftigungsquote weniger als vier Jahre vor Ablauf der Frist ganze 15,1 % unter dem 2020-Zielwert liegt. Spanien ist noch 12,0 % entfernt, holt aber auf. Für andere Staaten wie Irland, Luxemburg, Kroatien, Österreich, Dänemark und die Niederlande sind die Ziele in Reichweite, sofern sich der im letzten Jahr verzeichnete Aufwärtstrend fortsetzt. Die höchsten Beschäftigungsquoten in Europa weisen Nicht-EU-Länder, nämlich Island und die Schweiz, auf.

Tabelle 3: Beschäftigungsquote, Altersgruppe 20-64, Sortierung nach Spalte 2015, Eurostat, Europe 2020 Indikatoren

Gebiet/Jahr	2012	2013	2014	2015	ZIEL
EU-28	68,4	68,4	69,2	70,1	75,0
ER-19	68,0	67,7	68,2	69,0	:
Island	81,8	82,8	84,9	86,5	:
Schweiz	82,0	82,1	82,3	82,8	:
Schweden	79,4	79,8	80,0	80,5	80,0
Norwegen	79,9	79,6	79,6	79,1	:
Deutschland	76,9	77,3	77,7	78,0	77,0
Vereinigtes Königreich	74,1	74,8	76,2	76,9	:
Dänemark	75,4	75,6	75,9	76,5	80,0
Estland	72,2	73,3	74,3	76,5	76,0
Niederlande	76,6	75,9	75,4	76,4	80,0
Tschechien	71,5	72,5	73,5	74,8	75,0
Österreich	74,4	74,6	74,2	74,3	77,0
Litauen	68,5	69,9	71,8	73,3	72,8
Finnland	74,0	73,3	73,1	72,9	78,0
Lettland	68,1	69,7	70,7	72,5	73,0
Luxemburg	71,4	71,1	72,1	70,9	73,0
Frankreich	:	:	69,4	69,5	75,0
Portugal	66,3	65,4	67,6	69,1	75,0
Slowenien	68,3	67,2	67,7	69,1	75,0
Ungarn	61,6	63,0	66,7	68,9	75,0
Irland	63,7	65,5	67,0	68,7	69,0
Zypern	70,2	67,2	67,6	67,9	75,0

Malta	63,1	64,8	66,4	67,8	70,0
Polen	64,7	64,9	66,5	67,8	71,0
Slowakei	65,1	65,0	65,9	67,7	72,0
Belgien	67,2	67,2	67,3	67,2	73,2
Bulgarien	63,0	63,5	65,1	67,1	76,0
Rumänien	64,8	64,7	65,7	66,0	70,0
Spanien	59,6	58,6	59,9	62,0	74,0
Kroatien	58,1	57,2	59,2	60,5	62,9
Italien	60,9	59,7	59,9	60,5	67,0
Griechenland	55,0	52,9	53,3	54,9	70,0
Türkei	52,8	53,4	53,2	53,9	:
EJR Mazedonien	48,2	50,3	51,3	51,9	:

1.2.2 Erwerbslosigkeit

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor ernst, die Arbeitslosigkeit lag im EU-Durchschnitt bei rund 9 %. 24,9 % der griechischen Arbeitskräfte fanden 2015 keinen Job. Nur fünf Länder, drei davon EFTA-Staaten, verzeichneten weniger als 5 % Arbeitslose.

Der Trend jährlich zunehmender Arbeitslosenzahlen konnte gebrochen und ein leichter Rückgang beobachtet werden. Für 2017 wird in der EU-28 ein Wert von 8,6 % prognostiziert. Ein deutlicher Rückgang, jedoch von einem extrem hohen Niveau, wurde in Spanien verzeichnet. Griechenland kämpft immer noch mit Werten von weit über 20 %. Zu den Ländern mit rückläufiger Arbeitslosenquote zählt auch Frankreich. In Norwegen und der Schweiz verschlechtert sich die Lage hingegen.

Tabelle 4: Arbeitslosenraten, Sortierung nach Spalte 2015, Quelle: AMECO (Arbeitskräfteerhebung)

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
ER-19	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
EJR Mazedonien	29,0	28,0	26,1	24,7	23,5
Griechenland	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Spanien	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Serbien	22,1	19,4	17,9	17,0	16,2
Montenegro	19,5	18,0	17,6	16,9	16,4
Kroatien	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Zypern	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Portugal	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Italien	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Slowakei	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Frankreich	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Türkei	9,0	9,9	10,3	10,6	10,7
Lettland	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Irland	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Finnland	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Bulgarien	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Litauen	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Slowenien	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Belgien	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Polen	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Schweden	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3

Niederlande	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Ungarn	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Rumänien	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Luxemburg	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Dänemark	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Estland	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Österreich	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Malta	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Vereinigtes Königreich	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
Tschechien	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,6	4,7
Norwegen	3,5	3,5	4,4	4,6	4,9
Schweiz	4,1	4,2	4,3	4,9	4,6
Island	5,4	5,0	4,0	3,9	3,7

1.3 Verbraucherpreise

Die Inflation hat in der EU und im Euro-Raum einen historischen Tiefststand erreicht. 2015 lag der „Anstieg“ der Verbraucherpreise sowohl im ER-19 als auch in der EU-28 bei genau 0,0 %. Dieser Rekordtiefstwert ist auf niedrige Energiepreise, hohe Arbeitslosigkeit und schwache Binnennachfrage zurückzuführen. In zwölf Ländern gab es 2015 eine Deflation.

Extrem niedrige Inflation ist für jede Volkswirtschaft ein Problem, weil sich dies negativ auf die Binnennachfrage auswirkt. Verbraucher und Investoren warten in dieser Situation eher ab, ob die Preise weiter fallen. Darüber hinaus würde Deflation eine Aufwertung der Schulden, einschließlich der Staatsschulden, bedeuten. Geringe Inflation wirkt sich zwar positiv auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer aus, dennoch ist ein gewisses Preiswachstum im Jahr 2016 begrüßenswert. Die Inflation für 2016 wurde vor nur einem Jahr auf 1,5 % prognostiziert. Die Schätzung liegt jetzt bei 0,3 %. Dieser Wert ist weit vom Inflationsziel der Europäischen Zentralbank „von unter, aber nahe 2 %“ entfernt.

Tabelle 5: Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Veränderung in %, Quelle: AMECO, Berechnungen von industriAll Europe

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	1,5	0,5	0,0	0,3	1,5
ER-19	1,3	0,4	0,0	0,2	1,4
Belgien	1,2	0,5	0,6	1,7	1,6
Bulgarien	0,4	-1,6	-1,1	-0,7	0,9
Tschechien	1,4	0,4	0,3	0,5	1,4
Dänemark	0,5	0,4	0,2	0,3	1,5
Deutschland	1,6	0,8	0,1	0,3	1,5
Estland	3,2	0,5	0,1	0,8	2,9
Irland	0,5	0,3	0,0	0,3	1,3
Griechenland	-0,9	-1,4	-1,1	-0,3	0,6
Spanien	1,5	-0,2	-0,6	-0,1	1,4
Frankreich	1,0	0,6	0,1	0,1	1,0
Kroatien	2,3	0,2	-0,3	-0,6	0,7
Italien	1,2	0,2	0,1	0,2	1,4
Zypern	0,4	-0,3	-1,5	-0,7	1,0
Lettland	0,0	0,7	0,2	0,2	2,0
Litauen	1,2	0,2	-0,7	0,6	1,8
Luxemburg	1,7	0,7	0,1	-0,1	1,8

Ungarn	1,7	0,0	0,1	0,4	2,3
Malta	1,0	0,8	1,2	1,4	2,2
Niederlande	2,6	0,3	0,2	0,4	1,3
Österreich	2,1	1,5	0,8	0,9	1,7
Polen	0,8	0,1	-0,7	0,0	1,6
Portugal	0,4	-0,2	0,5	0,7	1,2
Rumänien	3,2	1,4	-0,4	-0,6	2,5
Slowenien	1,9	0,4	-0,8	-0,2	1,6
Slowakei	1,5	-0,1	-0,3	-0,1	1,5
Finnland	2,2	1,2	-0,2	0,0	1,3
Schweden	0,4	0,2	0,7	0,9	1,2
Vereinigtes Königreich	2,6	1,5	0,0	0,8	1,6
EJR Mazedonien	2,8	-0,3	0,0	1,1	1,4
Island	4,1	1,0	0,3	1,8	2,7
Türkei	7,5	8,9	7,7	8,5	8,0
Norwegen	2,0	1,9	2,0	3,0	2,5
Schweiz	0,1	0,0	-0,8	-0,6	0,2

1.4 Arbeitsentgelte und Arbeitsproduktivität – Lohnstückkosten

1.4.1 Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität dürfte in den nächsten Jahren allmählich ansteigen, was sich in einem leichten BIP-Aufschwung niederschlagen wird, jedoch ohne entsprechenden Beschäftigungszuwachs. Für 2016 wird ein Produktivitätszuwachs von 0,8 % in der EU und von 0,6 % im Euro-Raum vorhergesagt. Wie aus den Tabellen 1 und 2 (oben) zu entnehmen, wird für das Jahr 2016 mit einem Produktionswachstum in der EU von 1,8 % und einem Beschäftigungszuwachs von 1,0 % gerechnet (ein Unterschied von 0,8 %). Die größten Steigerungen der Arbeitsproduktivität im Jahr 2016 werden für Irland, die Schweiz und Osteuropa prognostiziert. Für 2017 wird überall mit einem Wachstum gerechnet (einschließlich Griechenland).

Tabelle 6: Reale Arbeitsproduktivität, Veränderung in % (reales BIP je Beschäftigten), Quelle: AMECO, Berechnungen von industriAll Europe

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	0,6	0,4	0,9	0,8	1,1
ER-19	0,4	0,3	0,6	0,6	0,8
Belgien	0,4	1,0	0,5	0,4	0,4
Bulgarien	1,7	1,2	2,6	1,7	2,0
Tschechien	-0,8	1,4	3,0	1,7	2,3
Dänemark	-0,4	0,5	0,1	0,3	1,0
Deutschland	-0,3	0,7	0,9	0,6	0,8
Estland	0,3	2,1	-1,8	2,9	2,6
Irland	-0,9	3,4	5,1	3,1	2,2
Griechenland	0,4	0,5	-2,1	-0,8	0,7
Spanien	1,3	0,4	0,3	0,1	0,3
Frankreich	0,7	-0,1	0,8	0,8	1,0
Kroatien	1,5	-2,8	0,0	0,7	0,7
Italien	0,0	-0,4	0,2	0,4	0,7
Zypern	0,0	-0,2	0,7	0,8	0,7
Lettland	0,7	3,8	1,4	2,4	2,6
Litauen	2,2	1,0	0,3	2,6	3,0
Luxemburg	2,5	1,5	2,3	0,7	1,3
Ungarn	0,9	-1,1	0,1	1,6	2,7

Malta	0,3	-1,3	2,7	1,2	0,7
Niederlande	0,4	1,2	1,1	0,5	0,8
Österreich	-0,1	-0,5	0,2	0,6	0,7
Polen	1,3	1,5	2,2	3,0	3,0
Portugal	1,8	-0,5	0,1	0,6	1,1
Rumänien	4,4	2,1	4,7	4,2	3,8
Slowenien	0,3	2,5	1,4	1,0	1,6
Slowakei	2,2	1,1	1,6	1,3	1,8
Finnland	0,0	0,2	0,9	0,5	0,4
Schweden	0,3	0,9	2,6	1,8	1,4
Vereinigtes Königreich	1,0	0,6	0,8	0,7	1,1
EJR Mazedonien	-2,5	1,8	1,3	1,2	1,4
Island	0,9	0,3	0,2	0,7	0,8
Türkei	1,3	1,3	1,4	0,8	0,9
Montenegro	2,4	-4,9	0,6	1,7	1,7
Serbien	-1,1	-10,8	0,2	1,8	2,2
Albanien	5,7				
Norwegen	-0,1	1,1	1,0	0,9	1,1
Schweiz	0,3	0,1	-0,6	2,7	0,6

1.4.2 Reale Lohnstückkosten

Die realen Lohnstückkosten (RLSK) weisen, bereinigt um die Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität und einen Preisindex, nominale Zuwächse auf. Wenn die RLSK negativ ausfallen, sinkt die Lohnquote am BIP und der Kapitalanteil steigt dementsprechend an. Dies ist aus Sicht der Gewerkschaften eindeutig negativ. Wir lehnen die verkürzte Auffassung, wonach niedrigere RLSK eine Verbesserung der Kostenwettbewerbsfähigkeit für die Unternehmen bedeuten, ab.

Wie aus Tabelle 7 ersichtlich sind die RLSK in der EU Jahr für Jahr zurückgegangen. Der Rückgang im Fünfjahreszeitraum 2013-2017 dürfte in der EU-28 1,8 % betragen. Die Entwicklung im Euro-Raum war bis 2014 positiv, verschlechterte sich jedoch ab dann.

Irland sticht mit dem größten Rückgang bei den RLSK hervor, was mit dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zusammenhängt. Die größten Zuwächse wurden in Bulgarien und der Türkei verzeichnet.

Tabelle 7: Reale Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft, Quelle: AMECO, Berechnungen von industriAll Europe

Land	2013	2014	2015	2016	2017
EU-28	-0,5	-0,4	-0,5	-0,2	-0,2
ER-19	0,0	0,1	-0,7	-0,3	-0,2
Belgien	0,8	-0,7	-1,3	-1,1	-0,3
Bulgarien	7,8	3,9	-1,1	1,8	1,1
Tschechien	-0,8	-2,3	-1,3	0,4	0,0
Dänemark	0,2	0,6	0,8	0,6	-0,5
Deutschland	0,1	0,2	-0,2	0,1	0,5
Estland	1,5	1,7	4,3	0,9	-0,3
Irland	-1,0	-1,7	-9,0	-2,6	-1,3
Griechenland	-5,0	-0,4	1,1	0,2	0,0
Spanien	-0,2	-0,6	-0,4	-0,2	-0,6
Frankreich	0,2	1,0	-0,9	-0,7	-0,4
Kroatien	-3,0	-2,4	-0,6	0,0	-0,1

Italien	0,0	-0,4	-0,4	-0,8	-1,3
Zypern	-2,0	-2,1	-0,3	0,7	0,1
Lettland	3,0	3,3	4,9	1,7	0,6
Litauen	1,8	1,6	3,4	0,2	0,1
Luxemburg	-1,2	0,4	-3,0	-1,3	-0,7
Ungarn	-2,2	-1,2	1,4	0,5	-0,9
Malta	-0,8	0,3	-3,5	-1,5	-0,9
Niederlande	0,0	0,1	-1,0	0,1	0,6
Österreich	0,8	0,6	-0,1	-0,5	-0,8
Polen	-0,1	-0,4	0,4	0,6	-0,1
Portugal	-0,5	-1,8	-2,5	-0,3	-1,2
Rumänien	-3,9	1,4	-4,2	0,5	-0,1
Slowenien	-0,6	-2,1	-1,1	-0,5	-1,6
Slowakei	-0,2	0,9	1,0	2,1	0,8
Finnland	-1,1	-0,4	0,3	-0,1	-0,2
Schweden	0,6	-0,3	-0,8	-1,3	0,0
Vereinigtes Königreich	-1,5	-2,4	0,5	0,9	0,3
EJR Mazedonien	-5,9	-1,4	-3,0	0,0	-0,1
Island	1,6	0,7	-1,0	1,6	0,1
Türkei	1,2	1,4	3,4	5,4	2,6
Norwegen	2,0	1,8	3,9	-0,2	-0,8
Schweiz	0,7	0,5	1,4	-1,7	0,0

Tabelle 8 zeigt eine Aufschlüsselung der Lohnstückkosten im Jahr 2016. Ausgangspunkt ist das Arbeitnehmerentgelt (ANE). Der Anstieg in der EU soll 2,0 % betragen. Im Großteil der Länder sollen die Arbeitnehmerentgelte stärker wachsen als die Arbeitsproduktivität, dementsprechend werden auf EU-Ebene nominale Lohnstückkosten (NLSK) im positiven Bereich (1,2 %) ausgewiesen.

Den Prognosen zufolge sind die RLSK in 16 Ländern jedoch rückläufig, was also heißt, dass die Nominallöhne weniger stark steigen als die Produktivität und Preise.¹ Dies hat niedrigere Lohn- und höhere Kapitalanteile am BIP und somit mehr Ungleichheit zur Folge. Den größten Anstieg bei realen Lohnstückkosten und Lohnanteil am BIP gab es 2016 in der Türkei. Zuwächse wiesen auch Länder wie Deutschland, Dänemark und Großbritannien auf. Hier waren sowohl Inflationsausgleich als auch volle Beteiligung am Produktivitätszuwachs gegeben.

Tabelle 8: Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2016 (Aufschlüsselung), Quelle: AMECO, Berechnungen von industriAll Europe

Land	ANE	Produktivität	NLSK	Deflator	RLSK
EU-28	2,0	0,8	1,2	1,3	-0,1
ER-18	1,5	0,6	0,9	1,2	-0,3
Belgien	0,7	0,4	0,3	1,5	-1,2
Bulgarien	3,6	1,7	1,9	0,1	1,8
Tschechien	3,2	1,7	1,5	1,0	0,4
Dänemark	2,0	0,3	1,7	1,0	0,6
Deutschland	2,5	0,6	2,0	1,8	0,1
Estland	5,6	2,9	2,7	1,7	1,0
Irland	2,2	3,1	-0,8	1,8	-2,7
Griechenland	-0,8	-0,8	0,0	-0,2	0,2
Spanien	0,8	0,1	0,7	0,9	-0,2

¹ Bei dem von der Kommission herangezogenen Preisindex handelt es sich nicht um den Verbraucherpreisindex, sondern um einen Erzeugerpreisindex, den sogenannten BIP-Deflator.

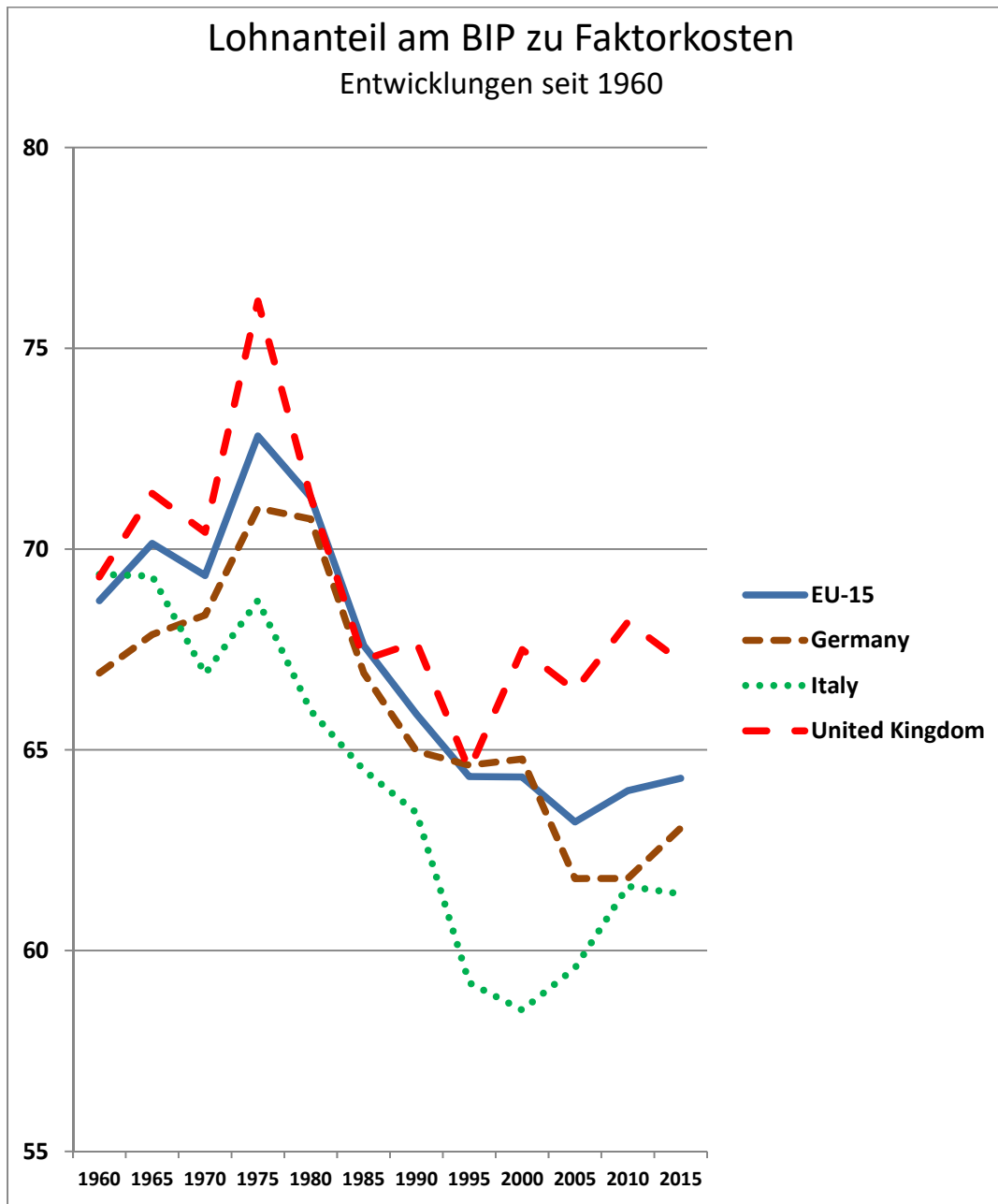
Frankreich	1,1	0,8	0,3	1,0	-0,7
Kroatien	1,1	0,7	0,4	0,3	0,0
Italien	0,3	0,4	0,0	0,8	-0,9
Zypern	1,1	0,8	0,4	-0,3	0,7
Lettland	5,2	2,4	2,8	1,0	1,8
Litauen	4,6	2,6	1,9	1,7	0,2
Luxemburg	0,3	0,7	-0,4	0,9	-1,3
Ungarn	4,6	1,6	3,0	2,4	0,6
Malta	1,9	1,2	0,7	2,3	-1,6
Niederlande	1,8	0,5	1,2	1,1	0,1
Österreich	1,4	0,6	0,8	1,3	-0,5
Polen	3,8	3,0	0,8	0,2	0,6
Portugal	1,6	0,6	1,0	1,4	-0,3
Rumänien	6,9	4,2	2,6	2,0	0,6
Slowenien	1,7	1,0	0,7	1,1	-0,5
Slowakei	3,5	1,3	2,1	0,0	2,1
Finnland	1,2	0,5	0,7	0,8	-0,1
Schweden	3,1	1,8	1,3	2,7	-1,4
Vereinigtes Königreich	3,3	0,7	2,6	1,7	0,9
EJR Mazedonien	2,4	1,2	1,1	1,2	0,0
Island	4,6	0,7	3,9	2,2	1,7
Türkei	15,8	0,8	15,0	9,0	6,0
Norwegen	2,8	1,7	1,1	2,0	-1,0
Schweiz	0,2	1,8	-1,6	-0,7	-0,9

1.4.3 Lohnquote und Verteilung

Die nachstehende Grafik basiert auf AMECO-Daten und zeigt das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerentgelten und BIP zu Faktorkosten.² Daraus wird ersichtlich, dass die Arbeitsentgelte zwischen Mitte der 1970er Jahre und 2005 sowohl in der EU insgesamt als auch in den drei ausgewählten Mitgliedstaaten weniger rasch stiegen als die Produktion. Die, seit 2005 zu beobachtende, positive Entwicklung des Lohnanteils ist mehr auf das geringe Wirtschaftswachstum als auf hohe Lohnsteigerungen zurückzuführen. Bezüglich der künftigen Entwicklungen besteht große Unsicherheit.

² Zur Berechnung des BIP zu Faktorkosten werden Mehrwertsteuer und andere direkte Steuern auf den Umsatz heraus- und Subventionen hinzugerechnet (= Bruttowertschöpfung).

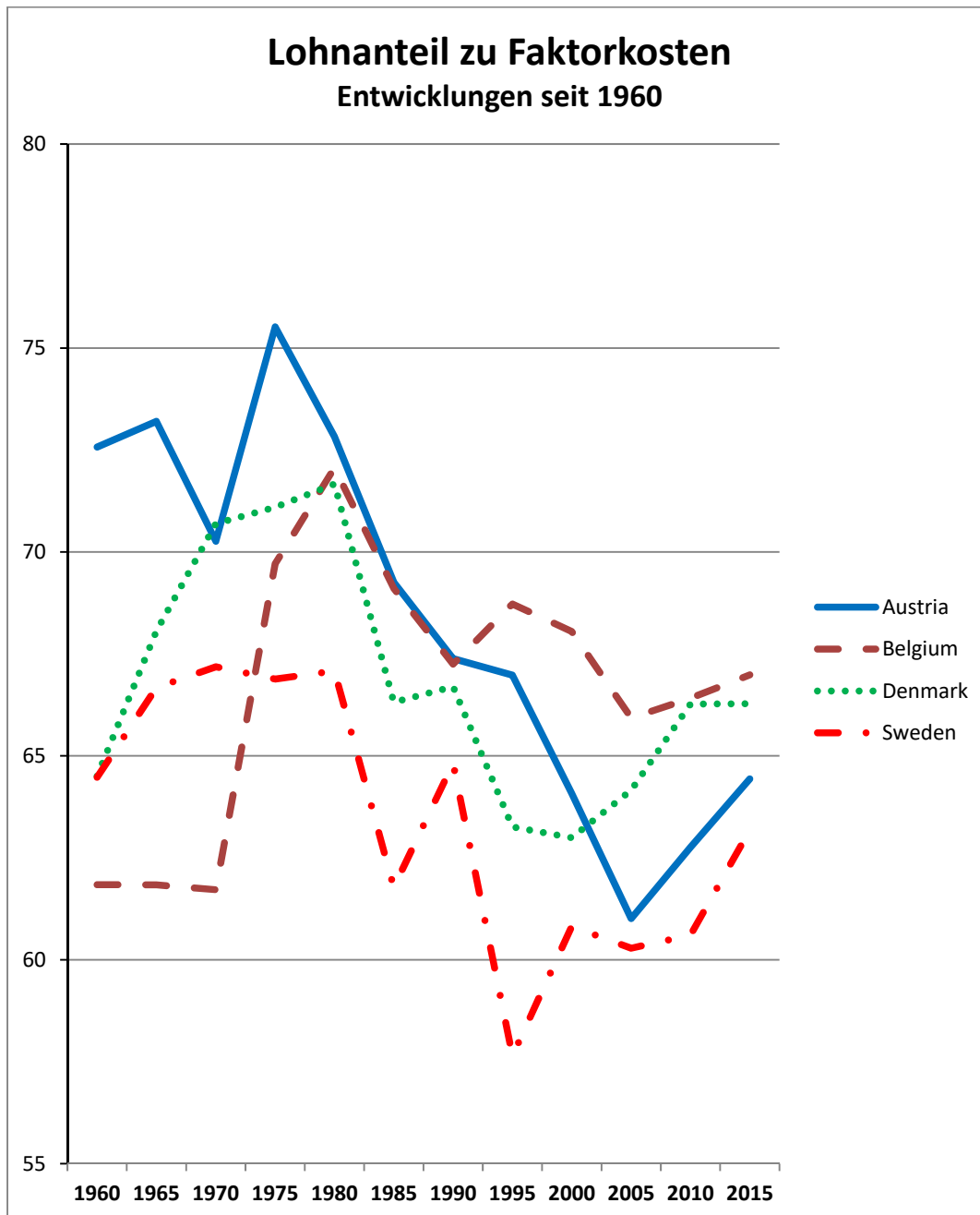
Abbildung 1a: Lohnanteil am BIP, Quelle: AMECO



Ein ähnliches Bild zeigt sich für eine Gruppe etwas kleinerer, westeuropäischer Industrieländer (AMECO-Daten zum Lohnanteil am BIP zu Faktorkosten in den neuen Mitgliedstaaten liegen ab 1995 vor).

In Österreich lag die Lohnquote 1975 sogar über 75 %, stürzte in den drei folgenden Jahrzehnten jedoch auf 61 % ab. Weniger dramatisch verlief die Entwicklung in Schweden, wo der Höchstwert bei 67 % lag. Seit 2005 wurde in allen Ländern eine Verbesserung verzeichnet, die in Dänemark in den letzten fünf Jahren jedoch abgeflacht ist.

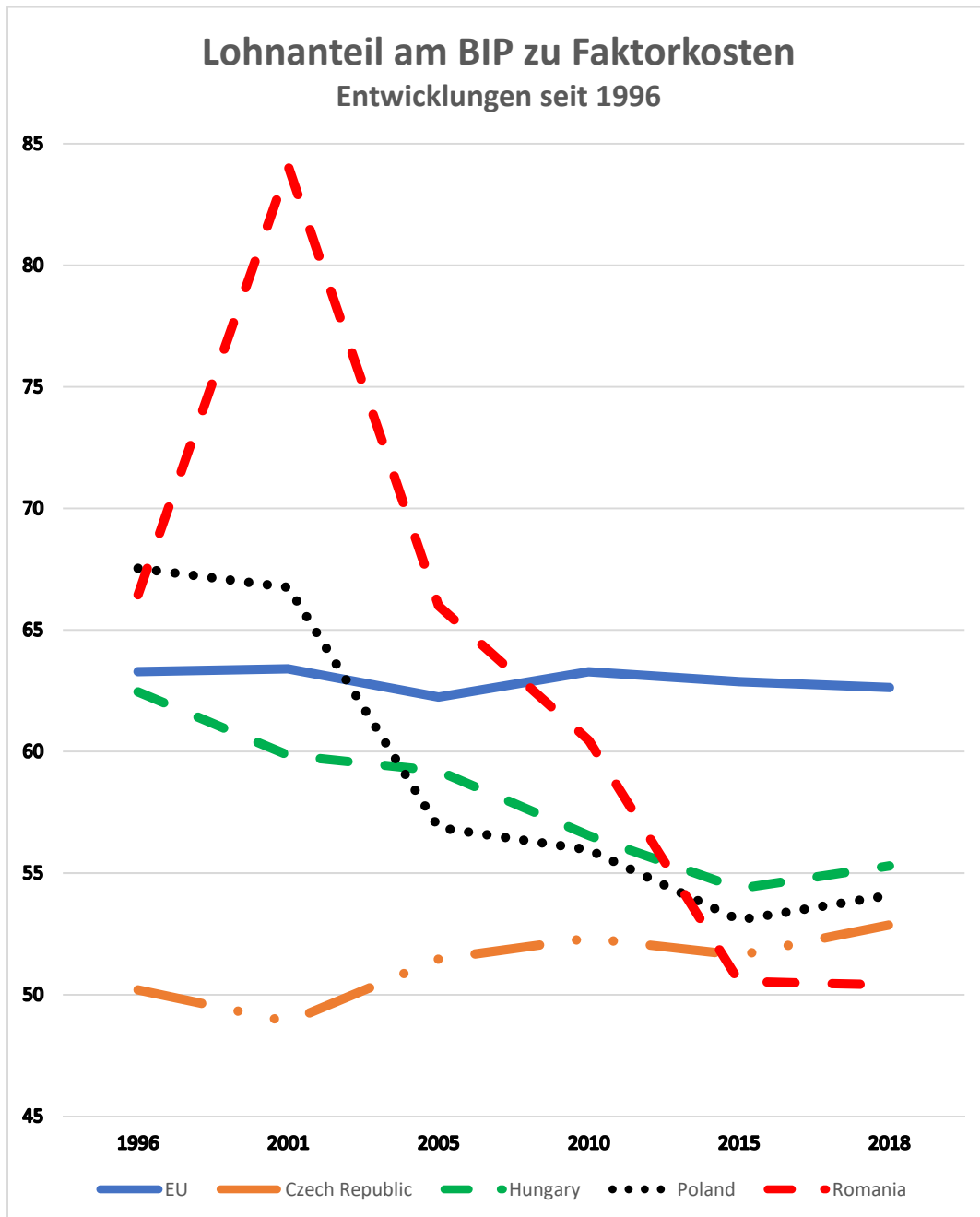
Abbildung 1b: Lohnanteil am BIP, Quelle: AMECO



Nachstehende Abbildung 1c vergleicht den durchschnittlichen Lohnanteil in der EU mit vier ausgewählten osteuropäischen Ländern. Diesbezügliche Daten sind erst seit 1996 verfügbar.

Der EU-Durchschnitt lag in diesen Jahren stabil bei 62-63 %. Die vier osteuropäischen Staaten Tschechien, Ungarn, Polen und Rumänien weisen alle deutlich niedrigere Lohnanteile (ganze 10 % geringer) aus. Bis 2015 gingen die Anteile in Ungarn und Polen und kontinuierlich zurück und pendelten sich ab dann ein. In Rumänien war ab 2001 ein Einbruch um unglaubliche 23,7 % zu beobachten. Die Tschechische Republik startete von einem niedrigen Niveau, konnte nach 2001 jedoch eine leichte Aufwärtsentwicklung vorweisen.

Abbildung 1c: Lohnanteil am BIP, Quelle: AMECO



1.5 Qualitative Arbeitsfragen

1.5.1 Befristete Beschäftigung

Der durchschnittliche Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse belief sich 2015 in der EU auf 14,1 %. Dieser unakzeptabel hohe Wert bedeutet, dass nur 85,9 % aller Arbeiter und Angestellten einen unbefristeten Arbeitsvertrag hatten. Seit 2012, im Euro-Raum seit 2013, ist ein Anstieg zu beobachten. Innerhalb der europäischen Länder bestehen jedoch große Unterschiede. In Rumänien zum Beispiel gibt es kaum Probleme mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Nur 1,4 % der Arbeitsverträge sind befristet. Auch in den drei baltischen Staaten sind es nur um die 3 %. Am anderen Ende der Tabelle stehen Polen, Spanien, Portugal, Kroatien und die Niederlande, wo über 20 % aller Arbeitnehmer nur befristet beschäftigt sind.

Tabelle 9: Anteil der 15- bis 64-jährigen Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen an der Gesamtwirtschaft, Sortierung nach Spalte 2015, Quelle: Eurostat

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	14,0	13,7	13,6	13,9	14,1
ER-18	15,6	15,0	14,9	15,1	15,4
Polen	26,8	26,8	26,8	28,3	28,0
Spanien	25,2	23,4	23,2	24,0	25,2
Portugal	22,0	20,5	21,4	21,4	22,0
Kroatien	13,5	13,3	14,5	16,9	20,3
Niederlande	18,1	19,2	20,2	21,1	20,0
Zypern	14,2	15,1	17,5	19,0	18,4
Slowenien	18,0	17,0	16,3	16,5	17,8
Schweden	16,5	15,9	16,3	16,8	16,6
Frankreich	15,3	15,2	15,3	15,3	16,0
Finnland	15,5	15,5	15,3	15,4	15,1
Italien	13,3	13,8	13,2	13,6	14,1
Schweiz	12,9	12,9	12,9	13,1	13,6
Deutschland	14,6	13,8	13,4	13,1	13,2
Türkei	12,2	12,0	11,9	12,9	13,1
Island	12,4	13,3	14,4	13,6	13,0
EJR Mazedonien	14,8	14,3	15,2	15,5	12,6
Griechenland	11,8	10,2	10,2	11,6	11,9
Ungarn	9,1	9,5	10,9	10,8	11,4
Slowakei	6,5	6,7	6,8	8,8	10,5
Luxemburg	7,1	7,6	7,0	8,1	10,2
Tschechien	8,0	8,3	9,1	9,7	10,0
Österreich	9,6	9,3	9,2	9,2	9,1
Belgien	8,9	8,1	8,1	8,6	9,0
Dänemark	8,9	8,6	8,8	8,6	8,7
Irland	10,2	10,1	10,0	9,3	8,7
Norwegen	8,0	8,5	8,4	7,9	8,0
Malta	6,5	6,8	7,5	7,7	7,4
Vereinigtes Königreich	6,0	6,2	6,1	6,3	6,1
Bulgarien	4,0	4,4	5,6	5,3	4,4
Lettland	6,7	4,7	4,3	3,3	3,8
Estland	4,5	3,5	3,5	3,1	3,4
Litauen	2,7	2,6	2,7	2,8	2,1
Rumänien	1,4	1,5	1,4	1,5	1,4

Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse unter den 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmern ist alarmierend hoch. 2015 lag der Durchschnittswert in der EU-28 bei 43,3 % und im ER-19 bei 52,9 %.

Befristete Beschäftigung ist die häufigste Form von prekärer Arbeit, es kann sich dabei um ein befristetes Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitgeber oder um eine Beschäftigung über eine Zeitarbeitsfirma handeln. Die verarbeitende Industrie weist die höchste Zeitarbeitsquote auf. Für viele Arbeitgeber ist es offensichtlich der Normalfall, den jüngsten Mitarbeitern nur befristete Arbeitsverträge zu geben.

In Mitgliedstaaten wie Slowenien, Spanien und Polen waren 2015 über 70 % der jüngsten Arbeitnehmer befristet beschäftigt. Dieser Prozentsatz war über viermal so hoch wie der Durchschnittswert für alle Altersgruppen. In Bezug auf diese spezielle Altersgruppe schneiden hingegen Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten am besten ab.

Tabelle 10: Anteil der 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen, einschließlich Zeitarbeit, Gesamtwirtschaft, Sortierung nach Spalte 2015, Quelle: Eurostat

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	42,5	42,2	42,4	43,2	43,3
ER-18	51,4	50,8	51,2	52,1	52,9
Slowenien	74,5	72,0	73,6	72,7	75,5
Polen	65,6	66,4	68,6	71,2	72,7
Spanien	61,2	62,2	64,7	69,1	70,4
Portugal	57,8	56,7	61,5	63,0	67,5
Kroatien	45,8	47,9	46,6	57,2	60,9
Frankreich	55,4	55,9	57,0	56,0	58,0
Italien	50,0	53,2	52,7	56,0	57,1
Schweden	56,8	55,7	55,8	56,2	55,7
Deutschland	56,0	53,7	52,9	53,4	53,6
Niederlande	47,8	51,3	53,1	55,5	53,3
Schweiz	51,5	52,5	51,8	52,6	52,3
Luxemburg	34,5	39,0	30,9	45,4	47,1
Finnland	43,4	42,0	43,0	42,5	41,8
Belgien	34,3	31,4	32,8	34,2	36,6
Österreich	37,2	35,7	34,8	35,1	35,8
Griechenland	29,7	25,4	26,4	29,4	33,3
Island	32,9	32,9	33,7	31,2	33,2
EJR Mazedonien	34,9	33,0	38,9	39,5	33,2
Irland	33,8	34,9	33,1	33,9	32,7
Tschechien	22,4	27,0	28,9	32,3	31,0
Zypern	17,0	18,7	26,1	31,1	29,1
Slowakei	18,7	19,1	21,3	28,2	29,1
Norwegen	24,3	24,4	24,2	24,0	24,8
Ungarn	23,3	22,7	24,7	25,1	24,1
Türkei	18,3	19,3	19,8	21,7	23,2
Dänemark	22,1	20,9	20,9	21,3	22,7
Malta	17,6	17,0	19,8	19,0	16,8
Vereinigtes Königreich	13,6	15,0	14,7	15,2	15,0
Bulgarien	7,6	9,5	13,2	14,5	11,7
Estland	14,1	13,1	12,3	11,2	11,4
Lettland	11,2	9,7	10,0	8,4	10,9
Litauen	8,8	9,4	8,0	8,5	6,5
Rumänien	5,4	5,3	6,1	7,0	5,4

Umfrageteilnehmer aus allen Ländern (mit Ausnahme von Island, Norwegen und den Niederlanden, wo für den Teilzeitstatus maßgeblich ist, ob die übliche Zahl der Arbeitsstunden pro Woche weniger als 35 beträgt) wurden gebeten, eine Selbsteinschätzung vorzunehmen, ob ihre Haupterwerbstätigkeit als Voll- oder Teilzeitbeschäftigung einzustufen ist. Von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung spricht man, wenn die Befragten als Grund für ihre Teilzeittätigkeit angeben, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben. Der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung stieg seit 2011 stetig an.

2015 betrug er rund 30 %, wobei der Prozentsatz im Euro-Raum leicht höher ausfällt als in der EU insgesamt. In den am schlimmsten von der Krise betroffenen EU-Mitgliedstaaten in Südeuropa ist die Zahl der Arbeitnehmer am höchsten, die mehr Stunden arbeiten wollen, als sie tatsächlich beschäftigt sind. In Griechenland waren 2015 über 72,6 % der Teilzeitbeschäftigten unfreiwillig. Die ist ein Zuwachs von 12,6 % gegenüber 2011.

In nur drei Ländern (Niederlande, Türkei und Schweiz) lag der Anteil der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigten unter 10 %.

Tabelle 11: Unfreiwillige Teilzeitarbeit, Sortierung nach Spalte 2015, Quelle: Eurostat

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	26,3	27,7	29,3	29,6	29,1
ER-19	27,7	29,3	30,9	31,7	31,4
Griechenland	60,3	64,9	68,2	71,2	72,6
Zypern	49,4	53,1	55,8	64,9	68,9
Italien	54,2	58,5	62,8	65,4	65,6
Spanien	56,0	61,3	63,3	64,0	63,2
Bulgarien	57,1	66,5	61,8	63,2	60,6
Rumänien	51,5	53,0	55,9	56,9	59,0
Portugal	45,1	47,4	48,8	49,3	50,1
Frankreich	33,6	34,2	39,4	42,4	43,7
EJR Mazedonien	41,1	39,9	35,1	38,6	42,9
Irland	37,7	41,2	43,1	41,4	37,8
Ungarn	39,9	40,9	43,2	41,1	36,9
Lettland	42,1	43,5	40,7	38,1	32,7
Litauen	37,5	33,0	32,7	31,3	31,9
Finnland	28,8	25,7	26,1	29,0	31,4
Polen	24,5	27,5	30,9	32,3	30,5
Slowakei	24,4	32,1	32,4	33,4	29,9
Schweden	27,8	28,8	29,7	29,8	29,4
Kroatien	24,7	22,2	24,8	25,5	26,7
Norwegen	18,8	17,1	18,8	20,3	20,6
Vereinigtes Königreich	18,8	19,3	20,3	18,8	17,9
Tschechien	18,8	20,0	16,9	21,1	16,4
Dänemark	16,1	17,5	18,3	16,9	15,7
Malta	16,1	16,8	16,0	15,1	15,4
Island	24,3	22,1	17,6	19,7	14,9
Luxemburg	9,9	13,7	10,6	12,9	14,8
Deutschland	16,8	16,3	15,6	14,5	13,8
Estland	22,3	20,7	18,5	15,1	13,3
Slowenien	8,0	8,6	10,6	9,6	13,0
Österreich	10,1	10,1	11,8	11,5	12,4
Belgien	10,4	9,5	9,5	10,1	10,0
Niederlande	7,2	9,0	9,8	10,9	9,9
Türkei	7,2	6,9	7,0	8,5	9,2
Schweiz	7,3	7,6	7,5	7,9	8,2

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt laut Eurostat bei 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Zahlung von Sozialleistungen). Wie sich aus Tabelle 12 ergibt, war 2014 fast jeder siebte unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte in der EU armutsgefährdet.

In Rumänien, wo 59 % der Teilzeitarbeit unfreiwillig erfolgt (Tabelle 11), waren fast 60 % dieser Arbeitnehmer armutsgefährdet. Rumänien sticht diesbezüglich besonders negativ heraus. Es folgt eine Gruppe von acht Ländern – hauptsächlich aus Süd- und Osteuropa – mit einem Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeit von über 20 %.

In Ländern mit einem allgemein höheren Wohlstandsniveau (Pro-Kopf-BIP) stellt dieses Phänomen offenbar weniger ein Problem dar. In zehn Ländern lag der Anteil der Arbeitnehmer mit einem verfügbaren Jahreseinkommen unterhalb der Schwelle bei unter 10 %. Dabei handelte sich um Kroatien, Österreich, Norwegen, die Schweiz, Dänemark, Finnland, Island, Tschechien, Belgien und die Niederlande.

Tabelle 12: Unfreiwillige Teilzeitarbeit und Armutsrisiko, Sortierung Spalte 2014, Quelle: Eurostat

Gebiet/Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	13,4	13,7	14,7	15,8	:
ER-19	12,3	12,5	13,4	14,2	:
Rumänien	59,5	59,6	58,5	62,0	59,4
Serbien	:	:	35,6	37,0	44,1
EJR Mazedonien	:	32,0	24,3	31,6	:
Portugal	28,3	23,4	28,0	31,1	29,5
Griechenland	21,4	27,3	27,0	27,9	28,2
Bulgarien	33,0	27,9	20,9	27,8	30,3
Litauen	21,7	26,2	24,7	24,2	28,1
Spanien	19,0	21,2	18,7	22,9	27,1
Türkei	23,8	23,5	20,9	:	:
Estland	11,5	18,9	16,4	20,2	18,1
Ungarn	16,8	15,8	17,9	20,1	18,2
Lettland	25,1	23,1	20,5	18,7	18,4
Italien	18,6	18,0	19,2	17,4	:
Polen	17,7	18,1	20,2	17,1	:
Zypern	12,6	15,4	16,6	16,2	:
Vereinigtes Königreich	12,3	14,3	13,6	16,1	13,1
Deutschland	10,5	11,3	13,4	14,9	:
Luxemburg	12,3	12,9	14,0	14,8	:
Frankreich	13,7	13,0	13,1	13,3	13,2
Slowenien	10,7	10,2	13,4	13,0	14,6
Malta	13,2	12,8	12,1	12,7	14,9
Schweden	11,9	10,2	11,1	12,0	9,6
Slowakei	18,1	16,4	17,8	11,4	19,0
Irland	10,2	9,5	7,4	10,6	:
Kroatien	25,8	19,7	26,2	9,9	:
Österreich	9,1	10,5	9,5	9,6	11,1
Norwegen	7,1	7,0	7,9	9,3	8,9
Schweiz	10,9	11,3	9,8	8,8	:
Dänemark	8,6	6,0	7,9	8,5	7,6
Finnland	6,5	9,3	10,6	8,5	9,0
Island	5,6	6,2	9,7	7,6	11,5
Tschechien	8,9	10,0	10,5	6,4	6,3
Belgien	6,4	6,4	5,9	6,2	6,4
Niederlande	5,4	4,5	4,5	5,1	4,9

Arbeitslosigkeit und Armut gehen Hand in Hand. Das verfügbare Einkommen von fast der Hälfte der Arbeitslosen (ab 18 Jahren) lag 2014 unter der Armutsgefährdungsschwelle. Wie aus der rechten Spalte ersichtlich war der Anteil armutsgefährdeter Arbeitsloser in Deutschland, dem größten Land Europas, am höchsten. Fast 70 % der erwerbslosen Deutschen fielen in diese Kategorie. In einem weiteren wohlhabenden Land, Luxemburg, beträgt der Anteil über 50 %.

In nur drei Ländern wurde ein Wert von (knapp) unter 30 % verzeichnet. In anderen nordischen Ländern, Frankreich, Zypern, Irland, den Niederlanden, Norwegen und der Türkei liegt der Anteil von arbeitslosen Menschen, die von Armut bedroht sind, zwischen 30 und 40 %. Aus dieser Tabelle geht unwiderlegbar hervor, dass die Arbeitslosenunterstützung nirgendwo in Europa ein angemessenes Auskommen sichert.

Der Trend seit 2011 ist eindeutig negativ. Mit dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen in neue Rekordhöhen sind Erwerbslose immer stärker gefährdet, in die Armut abzugleiten. Die Prozentzahlen stiegen in der EU-28 und im ER-19 seit 2011 um 1,5 bzw. 1,0 %.

Tabelle 13: Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko, Sortierung nach Spalte 2014, Quelle: Eurostat

Gebiet/Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	45,8	46,3	46,5	47,3	:
ER-19	45,9	46,2	46,9	46,9	:
Deutschland	67,8	69,3	69,3	67,4	:
Litauen	53,0	54,4	61,0	62,6	62,3
Vereinigtes Königreich	47,2	51,3	43,9	57,9	48,3
Estland	52,1	55,6	54,8	54,7	54,8
Ungarn	47,1	49,6	53,2	54,0	54,4
Lettland	50,0	51,9	55,9	53,3	55,0
Rumänien	48,1	52,4	54,5	50,8	55,5
Bulgarien	52,2	48,5	47,6	50,2	53,3
Luxemburg	42,3	51,9	53,0	50,0	:
Malta	43,4	48,2	49,6	48,8	55,7
Slowakei	42,6	44,6	43,8	48,7	45,5
Italien	47,5	45,0	47,0	48,1	:
Spanien	40,5	43,5	44,7	48,0	46,5
Tschechien	46,4	46,7	44,5	47,8	48,7
Serbien	:	:	48,4	47,0	46,2
Finnland	43,5	45,5	37,5	46,8	39,6
Griechenland	44,0	45,8	46,3	45,9	44,8
Slowenien	44,6	46,9	46,2	45,3	44,8
Österreich	40,3	45,4	45,8	44,6	41,4
Kroatien	42,3	43,2	43,2	43,2	:
Polen	43,6	42,5	43,7	43,0	:
Belgien	37,9	34,8	46,2	42,9	40,7
Schweden	38,4	42,2	42,4	41,3	39,3
Portugal	36,0	38,3	40,3	40,5	42,0
EJR Mazedonien	:	46,5	43,7	40,4	:
Türkei	40,8	40,9	38,1	:	:
Norwegen	32,9	40,1	39,3	39,8	43,6
Niederlande	33,5	33,3	34,2	36,3	36,3
Irland	31,8	34,0	34,1	35,6	:
Zypern	36,9	31,5	33,6	32,6	:
Frankreich	36,7	36,0	35,6	31,1	37,1
Dänemark	28,3	27,6	33,1	27,5	37,6
Island	21,8	20,0	29,6	25,1	22,5

Schweiz	30,1	38,9	32,8	24,6	:
---------	------	------	------	------	---

1.5.2 Geschlechtsspezifisches Lohngefälle

In Ländern mit einem allgemein hohen Maß an Geschlechtergleichstellung wie z. B. in Belgien und den nordischen Staaten sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen am geringsten. Auffällig ist auch, dass dies die europäischen Länder mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und der größten Verhandlungsmacht der Gewerkschaften sind. Aber auch große südeuropäische Volkswirtschaften wie Italien und Frankreich sind mit Unterschieden von unter 15 % im unteren Teil der Tabelle zu finden. In Italien hat sich die Situation in den letzten fünf Jahren merklich verbessert.

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle hat sich seit 2010 in neun Ländern, für die uns Daten vorliegen, vergrößert. In Spanien war eine Zunahme von 1,2 % zu beobachten. In neun anderen Staaten konnte das Gefälle im selben Zeitraum um mehr als 2 Prozentpunkte abgebaut werden. In dieser Gruppe finden sich Länder aus allen Teilen Europas, es gibt also kein erkennbares Muster, was einen Trend hin zu mehr Geschlechtergleichstellung anbelangt.

Eine Verringerung der Lohnschere würde – in weiterem Sinne – mehr Frauen in Führungspositionen bedeuten und darüber hinaus, dass der im EU-Vertrag verankerte Grundsatz „gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ (Artikel 157 AEUV) der Verwirklichung einen Schritt näherkommt.

Tabelle 14: Prozentualer Lohnunterschied zwischen Frauen und Männer im verarbeitenden Gewerbe (NACE C), Sortierung nach Spalte 2014, Quelle: Eurostat

GEBIET/JAHR	2010	2011	2012	2013	2014
Portugal	33,4	28,8	31,1	30,1	30,7
Estland	31,6	31,2	32,7	32,8	29,2
Zypern	33,4	32,7	30,7	30,0	29,0
Slowakei	27,4	28,3	28,1	28,9	29,0
Tschechien	28,1	27,8	27,2	27,3	27,3
Deutschland	27,4	27,2	26,3	26,0	26,3
Litauen	28,8	26,9	26,6	25,7	25,2
Bulgarien	24,1	24,9	25,7	25,8	23,7
Spanien	22,3	24,6	24,3	23,5	23,5
Island	23,3	22,5	23,5	24,6	22,7
Ungarn	26,4	25,8	26,0	23,2	22,6
Rumänien	22,6	22,4	22,7	22,2	21,9
Polen	20,9	21,2	21,4	21,2	20,9
Schweiz	19,8	19,6	20,2	20,3	:
Kroatien	18,4	17,7	15,9	18,3	19,2
Niederlande	18,6	21,1	20,0	19,1	19,1
Lettland	18,8	17,5	19,6	19,3	18,5
Vereinigtes Königreich	21,7	20,6	20,5	20,3	18,1
Malta	14,9	15,6	15,5	15,4	14,5
Frankreich	16,2	15,2	15,0	15,0	14,4
Luxemburg	16,2	15,4	14,4	14,0	13,8
Dänemark	14,0	13,2	13,7	13,0	12,7
Finnland	14,4	13,6	13,0	12,1	11,6
Norwegen	13,6	12,6	12,6	11,4	11,5
Italien	16,0	14,4	14,0	13,8	10,9
Slowenien	12,9	12,8	11,9	11,6	10,8
Belgien	11,5	11,2	11,0	10,8	10,6
Schweden	8,9	7,7	7,3	6,6	6,0

2 Tarifsysteme – sektorübergreifender Überblick

2.1 Tarifverhandlungsebenen

Die nationale und betriebliche Ebene spielen weiter eine wichtige Rolle. Aus unterschiedlichen Gründen, beispielsweise infolge von Gewerkschaftszusammenschlüssen oder auch bloß, weil einige Gewerkschaften mehrere Sektoren abdecken, kommt es zu Verhandlungen auf sektorübergreifender Ebene.

Es ist jedoch ein Trend zur Dezentralisierung der Lohnverhandlungen zu beobachten, und nationale Tarifverträge in allen Sektoren gibt es nur mehr in 7 europäischen Ländern. Eine der Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe, die nur auf betrieblicher Ebene verhandelt, ist Energija (Lettland). Eine Reihe von Gewerkschaften verhandelt auch nur auf sektoraler Ebene ohne Möglichkeit für lokale Anpassungen. In einer Reihe von Ländern gibt es mehrere Tarifverhandlungsebenen. Ihre jeweilige Bedeutung variiert jedoch.

In künftigen Eucob@n-Umfragen sollen mehr Informationen über vollständig dezentralisierte Tarifverhandlungen (= Entscheidung über Lohnfindung ausschließlich auf betrieblicher Ebene) gesammelt werden. Interessant wäre auch, diese Daten, wenn möglich, mit der Lohngestaltung und -verteilung in Unternehmen ohne Tarifverhandlungen zu vergleichen, um den Effekt von Organisation und kollektiven Maßnahmen zu bewerten.

Tabelle 15: Tarifverhandlungsebenen

Land	Gewerkschaft(en)	national		regional		lokal/betrieblich
		sektor- übergreifend	sektoral	sektor- übergreifend	sektoral	
METALL						
Österreich	PRO-GE		X			
Belgien	4 Gewerkschaften	X	X			
Tschechien	OS KOVO (Automobil)	X				
Tschechien	OS KOVO (Luft/ Raumfahrt)		X			
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)	X				
Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)					X
Dänemark	CO-industri		X			
Finnland	Metalli, Pro		X			
Finnland	YTN		X			
Frankreich	FGMM-CFDT	X				X
Deutschland	IG Metall		X (Annahme von Abkommen		X	

			für Pilotregion)			
Island	SGS	X				
Niederlande	FNV, CNV		X			
Norwegen	Fellesforbundet		X			
Norwegen	NITO	X				X
Slowakei	OZ KOVO		(X) TV erfassen nur Teile des Sektors. 2 wurden teilweise ausgeweitet.			X
Spanien	FICA		X			
Schweden	Unionen		X			
Schweden	Engineers		X			
CHEMIE						
Bulgarien	NLF		X		X	X
Tschechien	OS ECHO		X			X
Finnland	PRO		X			
Finnland	TEAM		X			
Deutschland	IG BCE		X			
Island	SGS	X				
Lettland	Energija					X
Spanien	FICA		X			
Schweden	Unionen	X				
TBL+Schuhe						
Belgien	METEA, AC CG	X	X			
Tschechien	OS TOK		X			X
Finnland	PRO		X			
Deutschland	IG Metall		X			
Spanien	FICA		X			
STAHL						
Österreich	GPA-djp		X			
Belgien	METEA, Metaal		X			X
Tschechien	OS KOVO		X			
Dänemark	CO-industri		X			X
Finnland	Metalli		X			
Finnland	PRO		X			
Frankreich	FGMM CFTD		X			X
Deutschland	IG Metall				X	X
Italien	FIOM		X			X
Niederlande	FNV					X

Slowakei	OZ KOVO		X (Deckt nur 12 Unternehmen ab.)			X
Schweden	IF Metall		X			
Schweden	Engineers		X			
Schweiz	UNIA		X			

2.2 Verbreitung von Öffnungsklauseln

Über sogenannte Öffnungsklauseln können Unternehmen von nationalen oder regionalen Tarifverträgen abweichen. Sozialpartner auf betrieblicher Ebene können höhere oder niedrigere Arbeitsentgelte bzw. unterschiedliche Arbeitszeitregelungen vereinbaren. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn die Ergebnisse nationaler Tarifverhandlungen bewertet werden.

In neun der Länder, die an der diesjährigen Umfrage teilgenommen haben (darunter Deutschland) gibt es – in Tarifverträgen oder nationalen Rechtsvorschriften – Öffnungsklauseln. In Deutschland beruhen Abweichungen auf dem Pforzheimer Abkommen aus dem Jahr 2004. Dieses Abkommen sieht vor, dass Abweichungen nur möglich sind, wenn eine positive Entwicklung auf die Beschäftigungssituation erwartet wird und wenn die Vereinbarungen zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovationsfähigkeit wie auch der Investitionsbedingungen beitragen. Auch dem niederländischen Bericht zufolge können Öffnungsklauseln nur unter sehr strengen Bedingungen in Anspruch genommen werden.

Tabelle 16: Öffnungsklauseln

Land	Gewerkschaft	Öffnungsklauseln in TV	Gesetzliche Öffnungsklauseln	Keine Öffnungsklauseln	Bemerkungen
METALL					
Österreich	PRO-GE			X	
Belgien	4 Gewerkschaften			X	
Tschechien	OS KOVO (Automobil)			X	
Tschechien	OS KOVO (Luft-/Raumfahrt)			X	
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)			X	
Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)				
Dänemark	CO-industri				
Finnland	Metalli, Pro			X	
Finnland	YTN	X			
Frankreich	FGMM-CFDT				

Deutschland	IG Metall	(X)			Flexible Elemente für Lohnerhöhungen bei Schiefelage. Verhandlungspartner können solche flexiblen Elemente nur vereinbaren, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.
Island	SGS		X		
Niederlande	FNV, CNV	X			Nur im Rahmen sehr strenger Regeln.
Norwegen	Fellesforbundet		X		
Norwegen	NITO				
Slowakei	OZ KOVO			X	
Spanien	FICA		X		
Schweden	Unionen			X	
Schweden	Engineers	X			
CHEMIE					
Bulgarien	NLF				
Tschechien	OS ECHO			X	
Finnland	PRO			X	
Finnland	TEAM	X			
Deutschland	IG BCE			X	
Island	SGS				
Lettland	Energija			X	
Spanien	FICA		X		
Schweden	Unionen			X	
TBL + Schuhe					
Belgien	METEA, TVD		X		
Tschechien	OS TOK				
Finnland	PRO, TEAM			X	
Deutschland	IG Metall	(X)			
Norwegen	Fellesforbundet				
Spanien	FICA				
Schweden	Unionen				

2.3 Geltungsbereich der Vereinbarungen

Es gibt starke Unterschiede in Bezug auf den Geltungsbereich der neuen Tarifvereinbarungen, aber wenige davon gelten nur für Gewerkschaftsmitglieder. Vereinbarungen, die nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten wurden in der diesjährigen Umfrage nur aus Tschechien und Schweden gemeldet.

Erga-omnes-Vereinbarungen sind immer stärker verbreitet und werden als Instrument gegen Sozialdumping verwendet. Die gesamten Vereinbarungen oder Teile davon wurden per Gesetz für allgemeinverbindlich erklärt. Auch Arbeitgeber, die keinem nationalen Verband angehören, ist es nicht erlaubt, untertarifliche Löhne zu bezahlen und entsprechende Wettbewerbsvorteile daraus zu ziehen.

Eine ganze Reihe von Vereinbarungen gelten sowohl für Arbeiter als auch Angestellte, in der Regel mit Ausnahme des Topmanagements. Unionen und PRO meldeten Vereinbarungen, die nur für Angestellte gelten, während sich der Geltungsbereich der Stahlvereinbarung von IF Metall auf Arbeiter beschränkt.

Tabelle 17: Geltungsbereich der Vereinbarungen

Land	Gewerkschaft	Nur organisierte Arbeitgeber	Allgemeinverbindlich (<i>erga omnes</i>)	Arbeiter und Angestellte	Nur Gewerkschaftsmitglieder	Bemerkungen
METALL						
Österreich	PRO-GE		X			Nur Arbeiter
Belgien	4 Gewerkschaften		X			
Tschechien	OS KOVO (Automobil)	X			X	
Tschechien	OS KOVO (Luft-/Raumfahrt)	X		X	X	Zustimmung von Unternehmen erforderlich
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)	X		X	X	
Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)			X		
Dänemark	CO-industri					
Finnland	Metalli, Pro		X			
Finnland	YTN		X			
Frankreich	FGMM-CFDT		X	X		
Deutschland	IG Metall	X		X		
Island	SGS		X			
Niederlande	FNV, CNV		X			

Norwegen	Fellesforbundet					Gilt für alle Arbeitnehmer in Unternehmen mit dem TV. Schiffbau: Verbindlich für alle Arbeitnehmer. Kleiner Teil auch für Angestellte.
Norwegen	NITO					
Slowakei	OZ KOVO			X		
Spanien	FICA		X			
Schweden	Unionen		X		X	Nur für Angestellte, Lohnvereinbarung für Gewerkschaftsmitglieder.
Schweden	Engineers	X			X	
CHEMIE						
Bulgarien	NLF					
Tschechien	OS ECHO	X				
Finnland	PRO		X			Nur Angestellte
Finnland	TEAM		X			
Deutschland	IG BCE	X		X		
Island	SGS	X		X		
Lettland	Energija	X				
Spanien	FICA		X			
Schweden	Unionen	X				
TBL + Schuhe						
Belgien	METEA, AC CG		X			
Tschechien	OS TOK	X	X	X		
Finnland	PRO		X			Nur Angestellte
Deutschland	IG Metall	X		X		
Spanien	FICA		X			
STAHL						
Österreich	PRO-GE		X			Nur Arbeiter
Österreich	GPA-djp			X		
Belgien	METEA, Metaal		X			
Tschechien	OS KOVO		X			
Dänemark	CO-industri					Vereinbarung erfasst 230 000 Gewerkschaftsmitglieder. Gilt für alle qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräfte in der Branche.
Finnland	Metalli					Vereinbarung erfasst alle Metallarbeiter.

Finnland	PRO					Gilt für alle Angestellten.
Frankreich	FGMM CFTD		X			
Deutschland	IG Metall			X		Alle Stahlarbeiter in den Tarifgebieten Nordwestdeutschland, Ostdeutschland und Saarland. Ausnahme: 740 Arbeitnehmer des Stahlwerks Thüringen (Betriebsvereinbarung).
Italien	FIOM					
Niederlande	FNV					
Slowakei	OZ KOVO		X			
Schweden	IF Metall					Alle Arbeiter
Schweden	Engineers					Allgemeine Bedingungen gelten für alle Angestellten, Lohnvereinbarung jedoch nur für Gewerkschaftsmitglieder.
Schweiz	UNIA			X		

2.4 Arbeitskampfmaßnahmen

Zahlreiche Mitgliedsorganisationen in ganz Europa organisierten im Berichtszeitraum Arbeitskampfmaßnahmen in Form von traditionellen Streiks, Warnstreiks, Demonstrationen oder landesweiten Konferenzen, um Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Langer Streik der Mitglieder von FNV und CNV in zwei Sektoren.

Berichte über Arbeitskampfmaßnahmen in einer Reihe von Sektoren kamen aus Deutschland, Island, Tschechien und Finnland. Ein von Fellesforbundet angedrohter Streik konnte durch staatliche Vermittlung verhindert werden. In Spanien sprach FICA eine Streikdrohung aus.

Tabelle 18: Arbeitskampfmaßnahmen

Land	Gewerkschaft	Ja	Nein	Bemerkungen
METALL				
Österreich	PRO-GE		X	
Belgien	4 Gewerkschaften		X	
Tschechien	OS KOVO (Automobil)		X	
Tschechien	OS KOVO (Luft-/Raumfahrt)		X	
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)			
Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)	(X)		Einige Streikwarnungen und Hinzuziehung eines Mediators

Dänemark	CO-industri			
Finnland	Metalli, Pro		X	
Finnland	YTN			
Frankreich	FGMM-CFDT		X	
Deutschland	IG Metall	X		Warnstreiks für 800 000 Beschäftigte
Island	SGS	X		2,5 Tage Ende Frühjahr 2015
Niederlande	FNV, CNV	X		Ja, 9 Monate in der Metallindustrie und 6 im Maschinenbau.
Norwegen	Fellesforbundet		X	Streitschlichtung nach norwegischem Recht erforderlich.
Norwegen	NITO			
Slowakei	OZ KOVO		X	
Spanien	FICA		X	
Schweden	Unionen		X	
Schweden	Engineers		X	
CHEMIE				
Bulgarien	NLF		X	
Tschechien	OS ECHO		X	
Finnland	PRO		X	
Finnland	TEAM		X	Eine Demonstration gegen Sparpolitik der Regierung
Deutschland	IG BCE		X	
Island	SGS			
Lettland	Energija			
Spanien	FICA		X	Eine Streikdrohung
Schweden	Unionen			
TBL + Schuhe				
Belgien	METEA, AC CG		X	
Tschechien	OS TOK		X	
Finnland	PRO		X	
Deutschland	IG Metall		X	
Spanien	FICA		X	

2.5 Beteiligung der nationalen Gewerkschaftsdachverbände

Fast alle Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe gehören einem nationalen Gewerkschaftsdachverband an. Zu den wenigen Ausnahmen zählen u. a. der norwegische Verband NITO und der tschechische Verband SKP.

In der diesjährigen Eucob@n-Umfrage wurde über eine Beteiligung der nationalen Gewerkschaftsdachverbände berichtet, jedoch in verschiedener Form und in unterschiedlichem Ausmaß. In Frankreich, wo 2016 eine außergewöhnliche Situation herrschte, taten die Dachverbände ihr Bestes, um mit der Regierung über die vorgeschlagenen Änderungen im Arbeitsrecht, die

insbesondere dezentralisierte Tarifverhandlungen betrafen, zu verhandeln. In Finnland vereinbarten drei Dachverbände einen nationalen Sozialvertrag, der die Grundlage für Tarifverhandlungen bildete. In Norwegen ist es Tradition, dass das zweithöchste Gremium des sozialistischen Dachverbandes Leitlinien für die Verhandlungsrunden beschließt bevor die Mitgliedsgewerkschaften mit den Verhandlungen beginnen und später die Ergebnisse billigt.

In großen Ländern wie Deutschland und Italien hingegen verhandeln die Gewerkschaften nur alleine ohne jede Einmischung von den Dachverbänden.

Tabelle 19: Beteiligung der nationalen Gewerkschaftsverbände

Land	Gewerkschaft	Beteiligung	Keine Beteiligung	Bemerkungen
METALL				
Österreich	PRO-GE		X	
Belgien	4 Gewerkschaften		X	
Tschechien	OS KOVO (Automobil)		X	
Tschechien	OS KOVO (Luft-/Raumfahrt)		X	
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)			
Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)		X	
Dänemark	CO-industri			
Finnland	Metalli, Pro	X		
Finnland	YTN			
Frankreich	FGMM-CFDT	X		Dachverband versuchte, mit der Regierung über Änderungen im französischen Arbeitsrechts zu verhandeln.
Deutschland	IG Metall		X	
Island	SGS	X		Abkommen auf nationaler Ebene abgeschlossen.
Niederlande	FNV, CNV	X		Unterstützung bei Streik und in Verhandlungen.
Norwegen	NITO		X	Keinem Dachverband angeschlossen.
Norwegen	Fellesforbundet	X		Beschloss die allgemeinen Leitlinien für die Verhandlungen.
Slowakei	OZ KOVO		X	
Spanien	FICA		X	
Schweden	Unionen		X	
Schweden	Engineers		X	
CHEMIE				
Bulgarien	NLF		X	
Tschechien	OS ECHO		X	
Finnland	PRO	X		Vereinbarung dreier Parteien auf nationaler Ebene ausgehandelt.

Finnland	TEAM			Nationalen Sozialvertrag ausgehandelt, der die Grundlage für Tarifverhandlungen bildete.
Deutschland	IG BCE		X	
Island	SGS			
Lettland	Energija		X	
Spanien	FICA		X	
Schweden	Unionen			
TBL + Schuhe				
Belgien	METEA, AC CG		X	
Tschechien	OS TOK		X	
Finnland	PRO			Ja, Dachverband verhandelte über Grundprinzipien, Entgelte und Arbeitszeitverlängerung.
Deutschland	IG Metall		X	
Spanien	FICA			

2.6 Mindestlöhne

Mindestlöhne gelten landesweit und können im Wege von Tarifverträgen oder per Gesetz festgelegt werden. Es gibt diesbezüglich weder ein europäisches Rahmenwerk noch Leitlinien der EU. Die verschiedenen Systeme in Europa weisen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf. Zuletzt hat Deutschland einen verbindlichen nationalen Mindestlohn eingeführt.

In Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn ist die Anhörung der Sozialpartner allgemeine Regel. Eine Ausnahme gilt diesbezüglich beispielsweise in Spanien.

Die fünf nordischen Länder haben zwar tarifvertraglich festgelegte Mindestentgeltsätze, es handelt sich dabei jedoch nicht um gesetzliche Mindestlöhne, die nationale Lohnuntergrenzen darstellen. In Norwegen (in ausgewählten Sektoren) und Finnland wurden sie per Gesetz für allgemeinverbindlich erklärt.

Tabelle 20: Mindestlöhne

Land	Gewerkschaft	Tarifvertrag	Gesetzlich mit Anhörung	Gesetzlich ohne Anhörung	Kein Mindestlohn
METALL					
Österreich	PRO-GE	X			
Belgien	4 Gewerkschaften	X			
Tschechien	OS KOVO (Automobil)		X		
Tschechien	OS KOVO (Luft-/Raumfahrt)		X		
Tschechien	OS KOVO (Gießerei)				

Tschechien	OS KOVO (Betriebsvereinb.)		X		
Dänemark	CO-industri				X
Finnland	Metalli, PRO	X			
Finnland	YTN				X
Frankreich	FGMM-CFDT	X			
Deutschland	IG Metall		x (Im Sektor unerheblich, Tarifentgelte höher.)		
Island	SGS	X			
Niederlande	FNV, CNV		X		
Norwegen	NITO				X
Norwegen	Fellesforbundet				
Slowakei	OZ KOVO		X		
Spanien	FICA			X	
Schweden	Unionen	X			
Schweden	Engineers				X
CHEMIE					
Bulgarien	NLF		X		
Tschechien	OS ECHO		X		
Finnland	PRO	X			
Finnland	TEAM				X
Deutschland	IG BCE				
Island	SGS				
Lettland	Energija		X		
Spanien	FICA			X	
Schweden	Unionen				X
TBL + Schuhe					
Belgien	METEA, AC CG	X			
Tschechien	OS TOK				
Finnland	PRO				
Deutschland	IG Metall	X	X		Der gesetzliche Mindestlohn beträgt im Westen 8,50 €/h und 8,25 €/h im Osten.
Spanien	FICA			X	

2.7 Lohnkoordinierungsregel und Gesamtwert des Vertrags (VOWA)

Die Tabelle 22 enthält die Berechnung der Vertragsgesamtwerte abzüglich Inflation und Wachstum der realen Arbeitsproduktivität. Diese Zahlen weichen kaum von den von uns im Rahmen der letztjährigen Umfrage gesammelten Daten ab.³ Aus der rechten Spalte ist ersichtlich, dass die ABPZ-Werte für Spanien, Bulgarien, die Slowakei, Deutschland und Dänemark positiv sind, was soviel bedeutet wie, dass die Tarifabschlüsse (Entgelterhöhungen und verbesserte Arbeitnehmerrechte) die Inflation ausgleichen und die Produktivitätszuwächse zur Gänze widerspiegeln, also die Lohnkoordinierungsregel von industriAll Europe erfüllt wurde. Eine Inflationsausgleichsrate im positiven Bereich bedeutet, dass die Arbeitnehmer an den Produktivitätszuwächsen beteiligt sind. Dies war in der diesjährigen Umfrage überall der Fall, mit Ausnahme von Belgien, wo ein außerordentlicher Lohnstopp verhängt wurde und die Lohnerhöhung unter der Inflationsrate blieb.

Tabelle 22: ABPZ-Berechnung 2015

Land/Gewerkschaft/ Sektor	Gesamtwert des Vertrags 2015, VOWA	Inflation, HVPI	Inflations- ausgleichs- rate	Arbeits- produktivität	Ausgewogene Beteiligung am Produktivitäts- zuwachs, ABPZ
BE – Metall	0,3	0,6	-0,3	0,5	-0,8
BE – Textil	0,2	0,6	-0,4	0,5	-0,9
BG – Chemie	7,0	-1,1	8,1	2,6	5,5
CZ – Elektro	2,0	0,3	1,7	3,0	-1,3
CZ – Automobil	k. A.	0,3		3,0	
CZ – Chemie	1,5	0,3	1,2	3,0	-1,8
CZ – Betriebsvereinb.	k. A.	0,3		3,0	
CZ – Gießerei	k. A.	0,3		3,0	
CZ – Textil	2,6	0,3	2,3	3,0	-0,7
DE – Chemie (Gummi)	2,8	0,1	2,7	0,9	1,8
DE – Chemie	3,0	0,1	2,9	0,9	2,0
DE – Metall	3,7	0,1	3,6	0,9	2,7
DE – Textil	3,0	0,1	2,9	0,9	2,0
DK – Metall/Chemie	1,7	0,2	1,5	0,1	1,4
ES – Chemie	0,4-1,0	0,2	0,2-0,8	0,1	0,1-0,7
ES – Textil	0,5-1,0	0,2	0,3-0,8	0,1	0,2-0,7
ES – Metall	0,8	-0,6	1,4	0,3	1,1
FI – Metall, Chemie, Textil	0,5	0,2	0,3	0,9	-0,6
FR – Metall	0,7	0,1	0,6	0,8	-0,2
IS – Mehrere Sektoren	3,0	0,3	2,7	0,2	2,5
LV – Chemie	k. A.	0,2		1,4	
NL – Maschinenbau	0,6	0,2	0,4	1,1	-0,7
NL – Metallindustrie	0,5	0,2	0,3	1,1	-0,8
NO – Metall (NITO)	2,6	2,0	0,6	1,0	-0,4
NO – Metall, Textil	2,7	2,0	0,7	1,0	-0,3
SE – Maschinenbau	2,4	0,7	1,7	2,6	-0,9
SE – mehrere (Unionen)	2,4	0,7	1,7	2,6	-0,9
SK – Metall	3,0	-0,3	3,3	1,6	1,7
SK – Metall und Elektro	5,8	-0,3	6,1	1,6	4,5

³ Der abweichende VOWA-Wert für den tschechischen Chemiesektor ist darauf zurückzuführen, dass wir Antworten von zwei unterschiedlichen Gewerkschaften erhalten haben: 2015 von OS SKP und 2016 von OS ECHO.

Die Tabelle 23 beruht für die Inflation auf endgültigen Zahlen, für die Arbeitsproduktivität im Jahr 2016 jedoch auf Prognosen.⁴ Die Entgelterhöhungen fielen allgemein gering aus, angesichts der auf ein Allzeittief gefallen Inflation konnten sie jedoch den Verbraucherpreisanstieg ausgleichen. Von den Ländern, die an der Umfrage teilnahmen, verzeichneten 2016 nur Bulgarien und Spanien eine negative Inflation. In diesen Staaten lag die Inflationsausgleichsrate (die „reale Lohnerhöhung“) höher als der sogenannte Gesamtwert des Vertrags (die „nominale Lohnerhöhung“). Belgien (Lohnstopp) und Norwegen (aufgrund expansiver Haushaltspolitik höhere Inflation als erwartet) mussten einen Kaufkraftrückgang hinnehmen. In Bezug auf die ABPZ zeigt sich ein gemischtes Bild: während Tschechien, Dänemark, Deutschland, Island, die Niederlande und Spanien einen positiven Wert ausweisen, fällt sie in Belgien, Finnland und Norwegen negativ aus und liegt in den restlichen Staaten nahe bei null. Das reale Produktivitätswachstum lag mit Ausnahme von Belgien und Dänemark in ganz Europa im positiven Bereich.

Tabelle 23: ABPZ-Berechnung 2016, aktualisiert im März 2017

Land/Gewerkschaft/ Sektor	Gesamtwert des Vertrags 2016, VOWA	Inflation, HVPI	Inflations- ausgleichsrate	Arbeits- produktivität	Ausgewogene Beteiligung am Produktivitäts- zuwachs, ABPZ
AT – Metall, Stahl	k. A.	1,0			
BE – Metall	k. A.	1,8		-0,1	
BE – Textil	0,2	1,8	-1,6	-0,1	-1,5
BG – Chemie	k. A.	-1,3		2,2	
CZ – Elektro	3,0	0,6	2,4	1,0	1,4
CZ – Automobil	k. A.	0,6		1,0	
CZ – Chemie	1,8	0,6	1,2	1,0	0,2
CZ – Betriebsvereinb.	3,2	0,6	2,6	1,0	1,6
CZ – Gießerei	k. A.	0,6		1,0	
CZ – Textil	3,5	0,6	2,9	1,0	1,9
CZ – Bekleidung	6,4	0,6	5,8	1,0	4,8
DE – Chemie (Gummi)	3,3	0,4	2,9	0,9	2,0
DE – Chemie	2,2	0,4	1,8	0,9	0,9
DE – Metall	2,2	0,4	1,8	0,9	0,9
DE – Textil	2,2	0,4	1,8	0,9	0,9
DK – Metall/Chemie*	2,2	0,0	2,2	-0,5	2,7
ES – Chemie	0,4-1,5	-0,3	0,5-1,6	0,3	0,2-1,3
ES – Metall	1,2	-0,3	1,5	0,3	1,2
ES – Textil	0,9-1,2	-0,3	1,0-1,3	0,3	0,7-1,0
FI – Metall, Chemie, Textil	0,2	0,4	-0,2	1,1	-1,3
FR – Metall	0,8	0,3	0,5	0,4	0,1
IS – Mehrere Sektoren	6,3	0,8	5,5	1,6	3,9
LV – Chemie	k. A.	0,1		1,9	
NL – Maschinenbau	2,3	0,1	2,2	0,6	1,6
NL – Metallindustrie	1,7	0,1	1,6	0,6	1,0

⁴ Die jüngsten Inflation- und Produktivitätsprognosen stammen von März 2017. Sie basierten auf AMECO-Daten. Die endgültigen Eurostat-Zahlen war noch nicht verfügbar.

NO – Metall (NITO)	k. A.	3,9		0,5	
NO – Metall, Textil	2,4	3,9	-1,5	0,5	-2,0
SE – Maschinenbau	2,2	1,1	1,1	1,3	-0,2
SE – Mehrere (Unionen)	2,3	1,1	1,2	1,3	-0,1
SK – Metall	2,6	-0,5	3,1	0,7	2,4
SK – Metall und Elektro	3,7	-0,5	4,2	0,7	3,5

3 Ergebnisse der Tarifverhandlungen nach Sektoren

4.1 Metallsektor

Metalle sind für den gesamten Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich der modernen Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Die Branche gliedert sich in die Teilsektoren Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, Schiffbau, Wehrtechnik, Maschinenbau usw. und ist für die EU-Wirtschaft sowohl beschäftigungs- als auch produktionswertmäßig von zentraler Bedeutung. Mit dem Fortschritt beim materiellen Lebensstandard steigt auch die Nachfrage nach Metallen. Allein aus dieser Perspektive ist schwer vorstellbar, was einer allgemeinen Zunahme der Nachfrage nach Metallen in absehbarer Zukunft entgegenstehen könnte. Die Verwendung von Metallen ist für die Wirtschaft alternativlos.



3.1.1 Produktion

In der Tabelle 24 unten ist der Produktionsindex für Metallprodukte (Investitionsgüter) im Zeitraum 2011-2015 aufgeführt. Das Gesamtvolumenwachstum der EU (bereinigt um Erzeugerpreise) betrug seit 2010 knapp 14 %. Die höchsten Wachstumsraten wurden in den östlichen Mitgliedstaaten verzeichnet. Folgende Länder erzielten in diesem Zeitraum eine Mengensteigerung von über 50 %: Mazedonien, Estland, Slowakei, Litauen und Lettland. Deutschland wies ein Wachstum von 17,6 % und GB von 11,3 % aus, während der Zuwachs in Frankreich nur 2,9 % betrug. In Italien und Spanien ging die Produktion von Investitionsgütern um rund 2 % zurück.

Tabelle 24: Volumenindex der Produktion in der Metallindustrie (Investitionsgüter), Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	108,3	107,4	107,3	109,8	113,7
ER-19	108,5	107,4	106,8	108,6	112,6
Belgien	111,8	110,2	108,9	113,0	115,5
Bulgarien	105,1	108,8	110,3	122,3	132,1
Tschechien	114,0	113,9	115,2	125,7	135,0
Dänemark	108,0	109,0	113,8	112,7	121,3
Deutschland	111,9	113,3	114,0	116,6	117,6
Estland	152,8	161,4	166,4	176,7	172,0
Griechenland	86,5	69,9	69,6	68,1	69,6
Spanien	100,6	89,3	90,5	91,4	98,2
Frankreich	104,1	102,3	101,8	102,4	102,9
Kroatien	111,3	102,5	91,6	92,0	97,3
Italien	105,1	98,8	93,9	94,3	97,7
Zypern	99,7	87,6	65,7	64,6	68,6
Lettland	125,2	154,2	155,3	154,1	158,0
Litauen	113,3	129,5	145,0	157,2	162,6
Luxemburg	106,3	109,6	101,3	105,7	110,3
Ungarn	113,5	115,2	122,1	136,7	149,9
Malta	101,7	102,1	108,7	115,8	118,6
Niederlande	108,2	107,0	105,0	107,7	110,1
Österreich	110,9	113,6	117,0	116,3	119,4
Polen	111,1	109,7	114,5	122,3	135,2
Portugal	97,5	91,5	88,7	93,0	95,5
Rumänien	108,9	114,7	126,6	142,6	147,6
Slowenien	102,2	102,3	95,7	99,0	105,2
Slowakei	111,3	137,3	144,3	150,2	164,0
Finnland	103,8	105,4	98,8	94,2	93,2
Schweden	99,4	93,1	87,2	82,6	87,6
Vereinigtes Königreich	107,0	108,1	109,3	112,6	111,3
Norwegen	103,4	113,1	125,3	134,0	126,1
Montenegro	135,8	133,9	122,4	130,6	141,5
EJR Mazedonien	156,1	159,8	174,1	258,6	319,6
Serbien	106,1	112,2	143,8	137,4	141,5
Türkei	120,1	118,1	125,2	131,9	142,6
Bosnien und Herzegowina	98,2	97,9	108,0	108,6	106,0

3.1.2 Beschäftigung

Wie bereits für die Gesamtwirtschaft dargelegt gehen Produktions- und Beschäftigungswachstum nicht Hand in Hand. Die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Investitionsgüter stieg seit 2010 um 4,6 %, was nur einem Drittel der Zunahme des Produktionsvolumens entspricht.

In nur sehr wenigen Ländern ist die Beschäftigung stärker gewachsen als die Produktion. In Deutschland legte die Zahl der Beschäftigten im Metallsektor um 11,1 % zu, während GB ein Plus von 5,0 % erzielte. In der spanischen Metallbranche waren Belegschafts- und Produktionszahlen leicht rückläufig. Für Italien waren keine Daten verfügbar.

Unter den großen Volkswirtschaften sticht insbesondere der türkische Beschäftigungszuwachs im Metallbereich von 30,5 % hervor.

**Tabelle 25: Beschäftigungsindex (Zahl der Beschäftigten) in der Metallindustrie (Investitionsgüter),
Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100**

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	101,6	102,6	102,4	103,3	104,6
ER-19	101,2	102,0	101,7	102,2	103,0
Belgien	100,6	100,6	99,0	96,0	91,8
Bulgarien	100,5	98,9	97,8	100,7	104,3
Tschechien	102,6	104,8	104,2	106,2	109,8
Dänemark	100,4	99,5	95,2	95,4	96,4
Deutschland	102,4	105,8	107,7	109,7	111,1
Estland	107,0	110,2	115,0	111,6	113,7
Irland	102,1	103,4	108,6	105,1	109,8
Griechenland	91,5	88,8	66,2	70,4	70,4
Spanien	101,5	95,9	90,1	92,0	96,0
Frankreich	99,4	99,4	98,5	97,2	95,6
Kroatien	98,0	95,7	94,7	92,6	92,1
Zypern	100,3	95,7	84,9	83,0	83,7
Lettland	111,7	122,7	132,5	128,8	128,0
Litauen	103,4	106,2	111,2	122,9	133,0
Luxemburg	103,0	101,3	99,5	99,8	102,4
Ungarn	111,1	111,0	112,5	112,6	116,7
Malta	101,1	97,9	96,7	97,5	100,1
Niederlande	102,0	101,5	101,0	100,9	102,6
Österreich	103,6	107,1	108,2	107,8	109,2
Polen	101,3	103,5	104,2	107,6	111,0
Portugal	99,0	96,1	92,6	93,5	94,3
Rumänien	104,8	108,1	111,3	116,0	123,1
Slowenien	99,9	103,8	101,8	104,2	105,5
Slowakei	106,1	110,7	112,1	111,5	115,0
Finnland	95,6	96,2	95,7	90,0	86,2
Schweden	103,0	101,4	99,6	97,9	97,9
Vereinigtes Königreich	101,6	104,0	103,0	103,8	105,0
Island	107,7	116,4	119,4	122,4	124,6
Norwegen	100,2	105,8	110,2	112,5	104,5
Schweiz	102,0	102,5	102,0	102,8	74,2
EJR Mazedonien	96,7	88,3	86,1	170,3	202,3
Serbien	99,4	103,0	106,1	102,5	101,4
Türkei	110,7	116,1	121,2	126,9	130,5

3.1.3 Antworten auf die Umfrage

2016 erhielten wir von insgesamt 23 Gewerkschaften aus 14 Ländern Antworten. Dies waren weniger als im Vorjahr.

Tabelle 26: Anzahl der in den letzten drei Jahren teilnehmenden Gewerkschaften

Jahr	Länder	Gewerkschaften
2014	18	32
2015	15	28
2016	14	24

Neue Vereinbarungen wurden aus Deutschland, Island, Norwegen, der Slowakei, Spanien und Schweden und Tschechien gemeldet.

Österreich

PRO-GE berichtete über einen allgemeinverbindlichen Kollektivvertrag für 180 000 Arbeiter und Angestellte in den Metall- und Stahlsektoren. Die Lohnerhöhungen für 2016 waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht bekannt.

Belgien

ACV-CSC METEA, ABVV METAAL, MWB-FGTB und ACLVB legten den gemeinsamen Bericht vom letzten Jahr über eine *Erga-omnes*-Vereinbarung im Bereich der Metallverarbeitung mit zweijähriger Geltungsdauer (2015-2016) nochmals vor. Die Vereinbarung gilt für 123 600 Arbeitnehmer.

Es konnte eine ganze Reihe von Verbesserungen z. B. bei den Weiterbildungsmöglichkeiten, den Arbeitsbedingungen, der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Unterbrechungen der Berufstätigkeit für Arbeitnehmer über 50, dem Sicherungsfonds, den Zeitguthaben und den Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb und Sozialdumping erreicht werden.

Die nächste Verhandlungsrunde ist für März 2017 geplant.

Tschechien

OS KOVO übermittelte vier Berichte: Luft- und Raumfahrt, Automobil, Gießerei und Betriebsvereinbarungen.

Im Luft- und Raumfahrtsektor wurde zu Jahresbeginn eine neue, für das gesamte Jahr 2016 geltende Vereinbarung abgeschlossen. Sie erfasst 2240 Arbeitnehmer, was 28 % der Belegschaft des Sektors entspricht. Der Arbeitgeberverband benötigt eine ausdrückliche Zustimmung von den einzelnen Unternehmen, um in ihrem Namen Vereinbarungen abzuschließen. Dementsprechend sind dann auch nur diese Arbeitgeber daran gebunden. Die Nominallöhne stiegen 2016 um 2,0 %. In Bezug auf die Arbeitszeitregelungen wurde gegenüber dem Vorjahr keine Erhöhung der Wochenarbeitszeit vereinbart. Der Tarifvertrag garantiert für alle Arbeitnehmer eine Urlaubswoche zusätzlich zum gesetzlichen Mindestanspruch. Darüber hinaus sind die Arbeitgeber verpflichtet, Pläne für allgemeine und berufliche Bildung zu erstellen und Gewerkschaften bezüglich Inhalten und Terminen zu konsultieren. Ziel ist es, den Arbeitnehmern die Teilnahme an systematischer Bildung zu ermöglichen, die im Einklang mit den Bedürfnissen und Zielen des Arbeitgebers steht und auf diese Weise die Beschäftigungsfähigkeit verbessert. Außerdem wurde die Zweite Gemeinsame Forderung im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen den sektoralen Sozialpartnern umgesetzt. Bei unsicheren

Beschäftigungsverhältnissen sind als Ausgleich zusätzliche Prämien vorgesehen. Im August 2016 wird den Arbeitgebern ein neuer Vertragsentwurf vorgelegt.

Die letzte nationale Vereinbarung mit dem entsprechenden Arbeitgeberverband im Automobilssektor stammt aus dem Jahr 1993. Der Verband der Automobilindustrie AutoSAP weigert sich, eine von OS KOVO ausgearbeitete Überarbeitung der Vereinbarung zu unterzeichnen. Er gibt an, über kein Mandat seiner Mitglieder zur Unterzeichnung zu verfügen.

Die letzte Vereinbarung im Gießereisektor wurde im Jahr 2011 abgeschlossen. Sie war vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2015 gültig. OS KOVO legte dem Arbeitgeberverband der Gießereien den Entwurf für eine neue Vereinbarung vor, der von der Arbeitgeberseite jedoch abgelehnt wurde, da er über kein Verhandlungsmandat von ihren Mitgliedern verfügen würden. Dieses Jahr versuchte ein eingesetzter nationaler Mediator, den Streit zu schlichten.

500 Betriebsvereinbarungen wurden von OS KOVO ausgewertet. Sie decken alle Sektoren – Automobil, Maschinenbau, Stahl, Elektrotechnik sowie Luftfahrt – ab. Die meisten haben eine Laufzeit von einem Jahr. Sie gelten sowohl für Arbeiter als auch Angestellte.

- 87 % der Vereinbarungen sahen über den gesetzlichen Mindestanspruch hinausgehend zusätzliche Urlaubstage vor.
- 77 % der Vereinbarungen umfassten Lohnerhöhungen.
- 63 % der Vereinbarungen umfassten Altersvorsorgebeiträge.
- 59 % der Vereinbarungen sahen eine Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden (statt 40 Stunden) vor.
- 43 % der Vereinbarungen umfassten jährliche oder halbjährliche Prämien.

Die Verhandlungen werden im vierten Quartal 2016 wiederaufgenommen.

Dänemark

CO-industri hat in den 12 Monaten vor Mai 2016 keine neue Vereinbarung auf nationaler Ebene abgeschlossen. Die nächsten Gespräche mit den Arbeitgebern beginnen im Dezember 2016. Mit einem Ergebnis wird bis Mitte Februar 2017 gerechnet, da die Vereinbarung am 1. März 2017 ausläuft. Die letztjährigen Lohnerhöhungen fielen moderat aus. Der Wert des gesamten Vertrags (VOWA) betrug 1,8 % im Jahr 2014 und 1,7 % im Jahr 2015.

Finnland

Die Vereinbarung von Metalli im Metall- und Techniksektor gilt vom 1. November 2013 bis zum 31. Oktober 2016. Diese *Erga-omnes*-Vereinbarung erfasst 90 000 Arbeitnehmer. Die Entgelte sind in den letzten Jahren kaum gestiegen. Diese Entwicklung ist auf einen nationalen Sozialvertrag zwischen der Regierung und den wichtigsten Sozialpartnerorganisationen in Finnland zurückzuführen. Dieser Vertrag zielt auf eine Senkung der Gesamtarbeitskosten um 5 % ab. Ein neuer Tarifvertrag wurde ausgehandelt und im Juni 2016 unterzeichnet. Er gilt von November 2016 bis Oktober 2017 und wird im nächstjährigen Bericht näher dargelegt.

Die Gewerkschaft PRO berichtete über eine ähnliche Vereinbarung für dieselben Sektoren und denselben Zeitraum. Sie gilt für 25 000 Arbeitnehmer. Die Tarifverhandlungsorganisation für

Angestellte im Privatsektor (YTN) verhandelt im Auftrag von 70 000 Fach- und Führungskräften. Diese Organisationen haben im Juni 2016 ebenfalls neue Vereinbarungen unterzeichnet.

Frankreich

FGMM-CFDT hat im Berichtszeitraum keine neue Vereinbarung abgeschlossen. Ein heikles Thema in Frankreich ist die Entscheidung der Regierung (Arbeitsministerin El Khomri), das nationale Arbeitsgesetzbuch dahingehend zu ändern, dass von den Arbeitnehmern mehr Flexibilität gefordert und die Position des Arbeitgebers gestärkt wird. Die größten französischen Gewerkschaften taten ihr Bestes, um dem Gesetzesvorschlag einige Giftzähne zu ziehen, was jedoch nur beschränkt gelungen ist. Die jüngsten Entgelterhöhungen fielen auch in Frankreich bescheiden aus.

Deutschland

IG Metall berichtete über eine neue Vereinbarung in der Metall- und Elektroindustrie, die vom 1. April 2016 bis zum 31. Dezember 2017 (21 Monate) gilt.

Rund 2,3 Mio. (62,2 %) von insgesamt 3,7 Mio. Beschäftigten werden von dem Tarifvertrag erfasst. Es wurden Warnstreiks organisiert, an denen sich 800 000 Arbeitnehmer beteiligten. Diese trugen dazu bei, viel bessere Bedingungen auszuhandeln als im ursprünglichen Arbeitgeberangebot vorgesehen.

Die Arbeitsentgelte wurden im Zeitraum von 1. April 2016 bis 31. März 2017 (9 Monate) für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden um 2,8 % erhöht. Zusätzlich wurde eine Einmalzahlung in Höhe von 150 € für alle Arbeiter und Angestellten bzw. 65 € für alle Auszubildenden im Juni 2016 vereinbart. Die Entgelte werden zwischen 1. April 2017 und 31. Dezember 2017 (9 Monate) um weitere 2,0 % erhöht.

Die Vereinbarung enthält keine Standard-Öffnungsklauseln. Für Unternehmen in wirtschaftlicher Schieflage sieht sie jedoch eine flexible Komponente bezüglich der Entgelterhöhung vor. Es können folgende Abweichungen beantragt werden:

- Die vereinbarte Einmalzahlung kann innerhalb der Laufzeit des Branchentarifvertrags auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder reduziert werden, jedoch nicht auf null.
- Der zweite Schritt der Tarifierhöhung kann vom 1. April 2017 längstens bis zum 1. Juli 2017 verschoben werden.

Unternehmen, die diese flexiblen Komponenten anwenden wollen, müssen unterdurchschnittliche oder schlechte Geschäftsergebnisse nachweisen. Darüber hinaus müssen sie ein tarifgebundenes Mitgliedsunternehmen eines Arbeitgeberverbands der Metall- und Elektroindustrie sein. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können die Verhandlungspartner, IG Metall und der Arbeitgeberverband, solche flexiblen Elemente vereinbaren.

IG Metall beabsichtigte, im zweiten Halbjahr 2016 eine Arbeitszeitkampagne durchzuführen und basierend auf den Ergebnissen einer diesbezüglichen Befragung eine qualitative Forderung auszuarbeiten. Die Gespräche über die Entgeltforderungen werden voraussichtlich im 2. Halbjahr 2017 beginnen. Die Verhandlungen werden dann im Januar 2018 aufgenommen.

Island

SGS berichtete über eine Vereinbarung für eine Vielzahl von Sektoren, die von 1. Mai 2015 bis 31. Dezember 2018 gilt. Sie erfasst insgesamt 90 000 (95 %) Arbeitnehmer in Island. Ab 1. Januar 2016 wurden die Entgelte um 6,2 % erhöht. Darüber hinaus werden die Arbeitgeberbeiträge zur Altersvorsorge von 8,0 % auf 8,5 % erhöht. Die Vereinbarung wurde vom nationalen Dachverband ausgehandelt. Die nächste Tarifrunde steht für Herbst 2018 auf dem Programm.

Niederlande

FNV und CNV Vakmensen haben eine Vereinbarung in der Metallindustrie, die vom 1. Mai 2015 bis zum 1. Juni 2018 läuft. Sie gilt für 140 000 Arbeitnehmer. Es waren lange Flächenstreiks erforderlich, um entsprechenden Druck auf die Arbeitgeber auszuüben.

Die Entgelte stiegen ab 1. April 2016 um 2,1 %. Im Juli 2016 kam noch eine Einmalzahlung in Höhe von 0,5 % hinzu. Junge Arbeitnehmer (unter 23) erhielten 1,0 %. Gewerkschaftsbeiträge sind von jetzt an steuerlich absetzbar, was für Mitglieder einen Steuervorteil von rund 70 € pro Jahr bedeutet.

Bezüglich der Arbeitszeit sind fortan bei Vollzeitverträgen auch Viertagewochen möglich, dies durch Inanspruchnahme von Urlaubstagen (auch gesetzliche Feiertage). Die Arbeitnehmer erhalten dadurch mehr Kontrolle über ihre Arbeits- und Freizeit. Arbeitgeber müssen Pläne erstellen, um ältere Arbeitnehmer, die Nachtschichten verrichten, gesund zu halten. Überstunden in Kombination mit Nachtschichten müssen reduziert werden. Ältere Arbeitnehmer dürfen nicht gezwungen werden, im Anschluss an Nachtschichten Überstunden zu machen.

Es wird ein Anspruch auf zwei Tage individuelle Aus- und Weiterbildung eingeführt, damit die Arbeitnehmer selbst über die Art der Bildungsmaßnahme entscheiden können, die sie an diesen Tagen in Anspruch nehmen wollen. Es werden Schulungsgutscheine im Wert von 1500 € gewährt, bis zu einer zur Verfügung stehenden Gesamtsumme von 2 Mio. €.

Für behinderte Arbeitnehmer und Arbeitslose sind spezielle Maßnahmen vorgesehen, um den Einstieg in den sektoralen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Darüber hinaus wird die Vereinbarung gemäß dem Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ an die Bestimmungen der Entsenderichtlinie angepasst. Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen haben fortan nach zwei Jahren oder nach zwei befristeten Arbeitsverträgen Anspruch auf ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis.

Die nächste Tarifrunde in der Metallindustrie startet im Mai 2018.

Der Tarifvertrag für den Metall- und Maschinenbausektor hat eine Laufzeit vom 1. März 2015 bis zum 1. Mai 2017. Er gilt für 295 000 Arbeitnehmer. In diesem Sektor waren sechsmonatige Streiks erforderlich. Die Entgelte werden nach einer Einmalzahlung in Höhe von 0,65 % im Februar 2016 ab 1. Juli 2017 um 1,75 % erhöht. Neben den oben erwähnten qualitativen Verbesserungen bezüglich Weiterbildung, Arbeitszeit und Gewerkschaftsbeiträgen sowie für behinderte, arbeitslose und entsandte Arbeitnehmer gab es auch eine Vereinbarung über vorzeitigen Ruhestand für entlassene Arbeitnehmer über 60 (normalerweise 62) und Entgeltgleichheit für Leiharbeiter. Die nächste Tarifrunde in diesem Sektor steht für März 2017 an.

Norwegen

Fellesforbundet berichtete über eine neue Vereinbarung für die Sektoren Metall, Technik und Textil. Sie läuft vom 1. April 2016 bis zum 31. März 2018 und erfasst 28 500 Arbeiter und Angestellte von insgesamt 60 000 Beschäftigten in diesen Sektoren. Die Entgelte wurden 2016 um 2,4 % erhöht. Fellesforbundet hat einen politischen Prozess mit der norwegischen Regierung eingeleitet, um die betriebliche Altersvorsorge zu verbessern. Darüber hinaus setzt sich Fellesforbundet dafür ein, die sektoralen Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung auszubauen, den Status zu stärken und den Geltungsbereich der Vereinbarung auszuweiten. Im April 2017 findet eine Zwischenbewertung statt. Die nächste Verhandlungsrunde ist für April 2018 geplant (allgemeine Überarbeitung).

NITO, die Gewerkschaft der Ingenieure, die ein mindestens dreijähriges Studium absolviert haben, berichtete über Entgelterhöhungen von 2,2 % im Jahr 2015. Die Verhandlungen für 2016 hatten zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht begonnen. Sie wurden dann im September 2016 aufgenommen.

TEKNA erklärte in einer E-Mail, dass ihre Tarifvereinbarung noch nicht ausgelaufen ist, nur die Laufzeit verlängert wurde. Die nominale Lohnerhöhung für 2016 betrug in der Privatwirtschaft 1,8 %.

Slowakei

OZ KOVO berichtete über Tarifverhandlungen im Elektrosektor. Die Vereinbarung gilt nur für 39 Unternehmen mit insgesamt 67 000 Beschäftigten, was nach einer teilweisen Ausweitung durch den Arbeitsminister einer Tarifbindungsquote von 67 % entspricht. Sie gilt in den entsprechenden Unternehmen sowohl für Arbeiter als auch Angestellte. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016. Die Entgelte wurden 2016 um 2,6 % erhöht. OZ KOVO geht davon aus, den Arbeitgebern im September 2016 für das Kalenderjahr 2017 einen Vorschlag für Entgelterhöhungen vorzulegen.

Im Maschinenbausektor beträgt die Tarifbindungsquote rund 13 % (17 000 Arbeitnehmer). Letztes Jahr wurde nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen eine neue Vereinbarung für Arbeiter und Angestellte geschlossen. Sie gilt vom 1. Juni 2015 bis zum 31. Mai 2017. Die allgemeine Entgelterhöhung betrug 2,9 % und etwas mehr in den untersten Entgeltgruppen. Zuschläge für Arbeit an Samstagen und Sonntagen (25 % vom Durchschnittsgehalt) wurden beibehalten. Der Feiertagszuschlag beträgt von nun an 100 %. Arbeitnehmer, die in den Ruhestand gehen, erhalten nach zehn Beitragsjahren eine Sonderzahlung in Höhe eines Monatsgehalts. Die Wochenarbeitszeit wird im Einklang mit dem nationalen Arbeitsgesetzbuch 40 Stunden betragen. Arbeitnehmer, die Kinder unter zehn Jahren betreuen, erhalten drei Urlaubstage, 1 Tag für Taufen, Begräbnisse und Umzüge.

Im Elektrosektor beträgt die Tarifbindungsquote 34 % (14 800 Arbeitnehmer). Die niedrige Zahl von Unternehmen ist auf die Aufsplitterung der Arbeitgeber in mehrere nichtrepräsentative Arbeitgeberverbände zurückzuführen, was letztlich die Repräsentativität des Haupttarifvertrages beeinträchtigt. Die Mindestlohnsätze wurden im Zeitraum von 1. Mai 2016 bis 31. Dezember 2016 um durchschnittlich 4,3 % angehoben. Darüber hinaus darf erstmals in der Geschichte der Anteil der Zeitarbeitskräfte an der Gesamtbelegschaft von Unternehmen höchstens 25 % betragen.

Spanien

FICA berichtete über eine Überprüfung des Tarifvertrags für den Bereich Weißwaren, der für den Zeitraum 2015-2017 gilt. Die Vereinbarung ist allgemeinverbindlich und erfasst 6500 Beschäftigte, von denen 18 % FICA-Mitglieder sind. Die Entgelterhöhungen im spanischen Fertigungssektor fielen in den letzten Jahren moderat aus. 2016 betrug die allgemeine Lohnerhöhung in diesem Sektor 1,2 %.

Schweden

Die schwedische Gewerkschaft Engineers berichtete über einen Tarifvertrag, der von 1. April 2016 bis 31. März 2017 läuft. Er gilt nur für Gewerkschaftsmitglieder. Die Entgelte wurden 2016 um 2,0 % erhöht. Die nächste Tarifrunde steht für Januar 2017 an.

Unionen berichtete über eine branchenübergreifende Vereinbarung für Angestellte mit derselben Laufzeit wie das oben genannte Abkommen. Der Metallsektor ist mit 70 000 Beschäftigten der größte Sektor. Entgeltbestimmungen der Vereinbarung gelten nur für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer. Der Anstieg der Entgelte, einschließlich sozialer Rechte, betrug 2016 rund 2,3 %. Die nächste Tarifrunde steht für Januar 2017 an.

3.2 Sektoren Bergbau, Chemie und Energie

Zu den Sektoren des vormaligen Verbands EMCEF zählen die Rohstoffgewinnung, (einschließlich Öl- und Gasförderung), die Energieerzeugung und eine breite Palette von chemischen Erzeugnissen wie Glas, Kautschuk, Kunststoff, Parfüm und Arzneimittel. Die Produktionsmengen reichen von mehreren Mio. Tonnen bei chemischen Grundstoffen bis zu bescheidenen Mengen im Kilogramm-Bereich bei Spezialchemikalien von jedoch sehr hohem Wert.



3.2.1 Produktion

Der nachstehenden Tabelle 27 zufolge wurde seit 2010 nur ein leichter Anstieg der Chemieproduktion verzeichnet. Der Index für die EU-28 war bemerkenswert stabil. Der Wert für das Jahr 2015 lag nur 1,5 % über dem von 2010.

Die größte Steigerung der Produktionsmengen wurde in Dänemark, den östlichen Mitgliedstaaten wie Rumänien, Ungarn und Estland sowie der Türkei erzielt. Von den großen Volkswirtschaften stechen Frankreich (13,2 %) und Großbritannien (12,8 %) heraus.

Einige westeuropäische Länder wie z. B. Deutschland, Belgien, Italien und die Niederlande mussten in diesem Zeitraum einen Rückgang der Chemieproduktion hinnehmen.

Tabelle 27: Volumenindex der Produktion in der chemischen Industrie, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	102,0	100,2	100,1	100,8	101,5
ER-19	101,4	99,3	99,3	99,4	99,3
Belgien	103,5	100,1	96,8	94,5	92,3
Bulgarien	114,1	103,1	97,0	106,1	109,0
Tschechien	95,2	100,0	96,8	106,1	101,6
Dänemark	100,3	104,3	108,4	120,6	126,4
Deutschland	100,7	98,3	98,9	97,5	96,8
Estland	127,6	127,3	132,9	124,4	106,8
Irland	118,7	134,8	138,4	117,2	122,0
Griechenland	97,9	88,7	90,6	91,7	95,1
Spanien	101,5	94,1	93,1	97,4	101,4
Frankreich	106,1	104,0	107,9	111,6	113,2
Italien	96,7	91,6	90,3	90,9	91,8
Lettland	96,4	113,0	102,4	114,2	118,4
Litauen	105,5	117,5	108,9	119,4	119,1
Ungarn	107,8	107,3	113,3	123,2	126,0
Niederlande	98,2	103,6	99,1	98,5	95,9
Österreich	103,3	106,5	105,7	109,6	107,7
Polen	101,2	110,1	106,9	105,5	109,9
Portugal	99,9	88,4	91,7	94,6	96,6
Rumänien	108,2	105,5	112,6	115,4	109,6
Vereinigtes Königreich	107,2	104,6	103,6	106,5	112,8
Norwegen	97,0	82,1	81,8	81,8	83,3
EJR Mazedonien	105,9	84,6	83,8	93,2	88,8
Türkei	106,9	108,6	112,6	117,6	121,8

3.2.2 Beschäftigung

Die Beschäftigungsentwicklung im Chemiesektor stagniert. Die Zahl der Beschäftigten lag 2015 genau genommen unter dem Wert von 2010. Es besteht ein gewisses Gefälle zwischen den Ländern. Von den großen Staaten wurden nur in Deutschland, Polen und der Türkei Zuwächse erzielt.

Tabelle 28: Beschäftigungsindex (Zahl der Beschäftigten) in der chemischen Industrie, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	99,9	99,5	98,9	99,8	99,8
ER-19	99,9	99,6	100,0	101,2	101,4
Belgien	100,8	99,4	98,6	97,6	98,1
Bulgarien	99,7	99,1	101,8	99,2	104,0
Tschechien	99,3	99,8	97,7	99,2	102,0
Dänemark	97,9	95,9	97,3	98,4	103,1
Deutschland	102,2	103,1	103,5	104,6	105,6
Estland	105,9	114,0	114,6	109,8	104,5

Irland	:	121,1	150,0	142,8	156,3
Griechenland	94,9	90,9	80,8	84,0	84,0
Spanien	91,3	86,0	89,0	99,9	99,0
Frankreich	99,6	98,7	98,8	98,4	97,9
Kroatien	97,8	93,9	86,9	77,1	69,9
Lettland	107,9	100,8	101,7	108,2	109,3
Litauen	97,3	96,5	99,6	101,1	103,4
Ungarn	110,8	101,5	102,6	108,9	114,3
Niederlande	100,0	100,4	101,0	99,8	98,6
Österreich	101,4	102,1	100,1	99,0	99,3
Polen	102,5	104,0	103,0	104,1	107,0
Portugal	100,4	97,6	94,7	92,1	93,8
Rumänien	97,4	99,5	93,1	87,4	84,2
Finnland	99,3	111,6	103,9	101,9	103,5
Schweden	98,4	97,9	95,0	94,6	94,8
Vereinigtes Königreich	98,5	95,9	91,7	92,7	87,6
Norwegen	101,2	95,7	94,4	96,3	96,7
EJR Mazedonien	67,1	59,7	56,2	55,2	53,2
Türkei	105,0	108,7	113,9	121,3	122,7

3.2.3 Antworten auf die Umfrage

Wir erhielten 2016 Berichte von 10 Gewerkschaften aus 9 Ländern. Dies ist die niedrigste je verzeichnete Beteiligung in diesem Sektor. Die Hälfte der eingegangenen Antworten stammt aus den nordischen und baltischen Ländern.

Tabelle 29: Zahl der 2014, 2015 und 2016 teilnehmenden Gewerkschaften im Chemiesektor bzw. ihrer Herkunftsländer

Jahr	Länder	Gewerkschaften
2014	13	15
2015	10	18
2016	9	10

Neue Vereinbarungen wurden aus Tschechien, Finnland, Deutschland und Spanien gemeldet.

Bulgarien

NLF unterzeichnete 2015 mit den Arbeitgeberverbänden in der chemischen Industrie (ohne Pharma) einen Sozialpartnerschaftspakt, der einem Tarifvertrag nahekommt. Da die Tarifverhandlungen seit 10 Jahren von den Arbeitgebern des Sektors blockiert werden, wurden keine nationalen Tarifverträge abgeschlossen. Die durchschnittlichen Entgelterhöhungen auf Unternehmensebene lagen 2014 bei 6,5 % und 2015 bei 7,0 %.

Tschechien

OS ECHO berichtete über eine neue Vereinbarung im Energiesektor, die für die Arbeitgeber, die Mitglied des nationalen Verbandes sind, verbindlich ist. Die Entgelte wurden 2016 um 1,8 % erhöht. Die nächste Tarifrunde startet im Oktober 2016.

Finnland

Die Gewerkschaft PRO unterzeichnete eine *Erga-omnes*-Vereinbarung für mehrere Chemiesektoren und den Bereich textile Dienstleistungen. Sie hat eine Laufzeit von 1. März 2014 bis 30. November 2016 und gilt für 9000 Beschäftigte. 2016 wurde nur über Entgelte verhandelt, und der neue Tarifabschluss gilt für die ersten elf Monate 2016. Es gab im Einklang mit der nationalen Dreiervereinbarung (Sozialvertrag) nur einen leichten Entgeltanstieg. Die nächste Tarifrunde (Hauptüberarbeitung) startet im Oktober 2016.

Deutschland

IG BCE berichtete über eine überarbeitete und um weitere 24 Monate verlängerte Vereinbarung in der chemischen Industrie. Sie gilt für organisierte Arbeitgeber und erfasst 550 000 Arbeiter und Angestellte. Die Entgelterhöhung um insgesamt 5,3 % erfolgt in zwei Stufen, im ersten Schritt +3 % und nach 13 Monaten nochmals +2,3 % (für 11 Monate). Die nächste Tarifrunde steht dann für März 2018 an.

Eine überarbeitete Vereinbarung für den Rohkautschukbereich hat eine Laufzeit von 24 Monaten und gilt für 25 000 Beschäftigte. Sie gilt für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte in Unternehmen, die dem nationalen Verband angehören. Die Arbeitsentgelte stiegen um insgesamt 5,0 %, ab 1. Juni 2016 um 2,5 %, ab 1. Juni 2017 um weitere 1,9 % und ab 1. Januar 2018 schließlich noch einmal um 0,6 %. Auch in diesem Sektor beginnt die nächste Tarifrunde im März 2018.

Lettland

Energija berichtete kurz über Betriebsvereinbarungen für 4500 Arbeitnehmer. Es liegen keine Daten über die Ergebnisse vor.

Spanien

FICA berichtete über die Halbzeitbewertung von vier sektoralen *Erga-omnes*-Vereinbarungen:

- Vereinbarung 2015-2016 für alle 23 000 Beschäftigten der Parfumindustrie (20 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,3 % im Jahr 2016; in Verhandlung zum Zeitpunkt der Berichterstattung.
- Vereinbarung 2015-2018 für alle 17 000 Beschäftigten der Papierwirtschaft (11 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,3 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2018.
- Vereinbarung 2015-2016 für alle 60 000 Beschäftigten der Glas- und Keramikindustrie (30 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,3 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2016.
- Vereinbarung 2015-2017 für alle 243 000 Beschäftigten der chemischen Industrie (12 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,5 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2017.

3.3 Sektoren Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe

Dieser Sektor beschäftigt sich hauptsächlich mit der Konzeption und Fertigung von Garn, Stoff, Bekleidung, Leder, Schuhen und dem Vertrieb dieser Waren. Hightech-Textilerzeugnissen gewinnen hier an Bedeutung. Der Teilssektor textile Dienstleistungen ist vom harten Wettbewerb durch Importe aus, beispielsweise, Asien verschont. Die globale Textil- und Bekleidungsindustrie hat stark unter dem Wirtschaftsabschwung seit 2008 gelitten. Der Sektor hat sein Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. In den meisten Ländern zeigen die Trendkurven für 2015 immer noch nach unten.



3.3.1 Produktion

Der durchschnittliche Produktionsrückgang in der Bekleidungsindustrie der EU-28 im Zeitraum 2010-2015 betrug 14,8 % (Indexwert 85,2). Im Euro-Raum fiel er mit 19,4 % sogar noch höher aus. In Italien brach die Produktion um 23,1 % ein. Andererseits verzeichneten große Erzeugerländer wie Türkei und Rumänien Zuwächse. Die Daten dieser Tabelle beziehen sich nur auf die Bekleidungsindustrie, den größten TBL-Sektor.

Tabelle 30: Volumenindex der Produktion in der Bekleidungsindustrie,⁵ Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	96,7	90,8	87,2	86,8	85,2
ER-19	94,6	88,0	83,3	82,9	80,6
Belgien	95,9	87,4	79,8	75,9	76,0
Bulgarien	100,9	94,5	98,6	98,1	95,5
Tschechien	96,4	90,9	86,2	81,2	95,2
Dänemark	115,4	90,2	93,2	87,6	81,1
Deutschland	98,6	89,5	87,1	91,8	86,5
Estland	116,6	121,6	121,4	119,1	100,5
Griechenland	80,6	71,6	67,2	62,7	54,3
Spanien	92,7	85,9	89,2	83,4	77,7
Frankreich	100,3	97,7	86,3	89,6	81,5
Italien	93,6	85,8	76,9	75,6	76,9
Lettland	127,9	129,2	131,0	109,3	92,5
Litauen	119,4	118,0	135,8	144,4	139,4
Ungarn	99,5	97,4	93,0	100,5	88,3
Niederlande	99,0	96,3	92,4	91,0	90,7

⁵ Dieser Eurostat-Indikator liefert keine Daten für den gesamten Sektor TBL und Schuhe.

Österreich	84,0	77,9	71,3	71,5	68,5
Polen	108,1	109,2	113,7	112,1	114,9
Portugal	95,0	98,4	105,5	110,5	106,9
Rumänien	103,2	101,0	108,6	109,1	101,3
Finnland	99,1	91,9	85,6	75,5	67,2
Vereinigtes Königreich	107,1	104,0	94,3	95,2	103,4
Norwegen	97,2	89,9	87,7	86,9	81,1
EJR Mazedonien	111,6	103,7	117,8	123,2	131,5
Türkei	98,8	104,6	106,9	107,0	110,6

3.3.2 Beschäftigung

Die Beschäftigtenzahl ging in den fünf Jahren bis 2015 um 8,9 % zurück. Die am stärksten betroffenen Länder waren Spanien, Frankreich, Österreich, Belgien und Polen.

Die Türkei, ein sehr großer Erzeuger, verzeichnete einen Zuwachs von 9,6 %.

Tabelle 31: Beschäftigungsindex (Zahl der Beschäftigten) in der Bekleidungsindustrie, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), Berechnungen von industriAll Europe, 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	98,0	95,4	91,7	91,0	91,1
ER-19	98,4	96,0	90,9	90,7	91,0
Belgien	95,2	88,9	82,7	80,1	76,7
Bulgarien	101,2	98,8	97,5	93,1	88,9
Tschechien	101,2	99,9	93,3	96,8	99,7
Dänemark	98,0	98,1	97,5	96,7	94,6
Deutschland	98,8	99,3	97,0	95,2	102,9
Estland	98,8	101,4	99,9	90,4	95,6
Griechenland	87,5	81,1	70,8	87,8	90,6
Spanien	95,6	98,4	78,4	73,6	74,9
Frankreich	93,8	88,4	85,3	82,9	80,4
Kroatien	97,4	88,6	81,6	81,3	78,1
Lettland	112,0	108,7	109,8	98,1	90,2
Litauen	105,0	94,6	95,1	93,7	92,0
Ungarn	95,1	91,5	87,5	86,8	83,0
Niederlande	99,6	97,7	99,5	94,9	94,2
Österreich	95,7	92,5	85,3	77,0	73,2
Polen	97,1	89,6	85,4	81,2	79,6
Portugal	100,0	99,0	99,4	102,1	103,0
Rumänien	99,4	99,7	98,6	97,3	95,3
Finnland	109,0	:	:	:	97,8
Schweden	89,0	73,5	74,3	71,7	72,1
Vereinigtes Königreich	82,6	79,2	86,1	96,5	121,5
Norwegen	100,0	94,9	91,2	85,0	85,0
EJR Mazedonien	99,4	97,3	97,3	97,3	95,9
Türkei	104,5	107,9	111,1	111,2	109,6

3.3.3 Antworten auf die Umfrage

2016 berichteten 10 Gewerkschaften aus 8 Ländern über Tarifverhandlungen in den Sektoren TBL und Schuhe. Leider hatten wir nur wenig Datenmaterial zur Auswertung. Es gibt nur mehr sehr wenige reine Textildienstleistungen und kaum noch nationale Tarifverträge in diesem Sektor. Eingegangen sind zehn Antworten von fünf Gewerkschaften, die nur den Sektor TBL + Schuhe abdecken. Die anderen fünf Gewerkschaften berichteten über branchenübergreifende Vereinbarungen.

Tabelle 32: Zahl der 2013, 2014 und 2015 teilnehmenden Gewerkschaften im Sektor TBL + Schuhe bzw. ihrer Herkunftsländer

Jahr	Länder	Gewerkschaften
2014	11	16
2015	7	8
2016	8	10

Neue Vereinbarungen wurden aus Belgien, Tschechien, Finnland, Deutschland und Spanien gemeldet.

Belgien

ACV/CSC (METEA) und ABVV/FGTB AC/CG übermittelten drei gemeinsame Berichte über verlängerte und überarbeitete *Erga-omnes*-Vereinbarungen für Arbeiter in den Sektoren Bekleidung, Textil und textile Dienstleistungen. Die aktuellen Vereinbarungen mit zweijähriger Laufzeit in den Bereichen Textil und textile Dienstleistungen gelten noch bis Ende 2016, die Vereinbarung im Bekleidungssektor nur für 2016.

Das Abkommen im Textilsektor gilt für 15 300 Arbeitnehmer. In Bezug auf die Kaufkraft wurde aufgrund der außerordentlichen Situation in Belgien (Lohnstopp) leider kaum etwas erreicht. Zumindest die Höhe der Essensgutscheine wurde von 7 auf 8 € pro Tag erhöht. Darüber hinaus müssen die Arbeitgeber vorübergehend arbeitslosen Arbeitskräften einen Tagessatz bezahlen. Die Vorruhestands- und Zeitkreditregelungen wurden angepasst. Die nächste Tarifrunde soll Ende 2016 beginnen. Die Vereinbarung im Bereich der textilen Dienstleistungen gilt für 6100 Arbeitnehmer. Sie wird Ende 2016 oder Anfang 2017 überarbeitet. Die Vereinbarung im Bekleidungssektor gilt für 7200 Arbeitnehmer. Im September 2016 wird sie neu verhandelt. Die Anpassungen dieser beiden Vereinbarungen in den Jahren 2015/2016 glichen denen im Textilabkommen.

Tschechien

OS TOK berichtete über eine angepasste und verlängerte Vereinbarung, die noch bis Ende 2016 gilt und 35 000 Arbeitnehmer erfasst. In Textilunternehmen stiegen die Löhne um 3,5 % und in Bekleidungsunternehmen um 6,4 %. Für Arbeitnehmer über 55 wurden spezielle qualitative Verbesserungen (Arbeitszeit, Bildung usw.) vereinbart. Die nächste Tarifrunde startet im September 2016.

Finnland

PRO berichtete über eine Vereinbarung für Angestellte im Textil- und Bekleidungssektor. Sie gilt für 1100 Arbeitnehmer (60 %). Die wichtigsten Punkte wurden vom nationalen Gewerkschaftsbund der akademischen und leitenden Angestellten (AKAVA) ausgehandelt. In Bezug auf höhere Entgelte oder soziale Verbesserungen wurde nichts erreicht. Die Jahresarbeitszeit wurde sogar um 12 Stunden verlängert. Die nächste Tarifrunde steht für Herbst 2017 auf dem Programm.

Deutschland

IG Metall schloss einen neuen nationalen Tarifvertrag im Textil- und Bekleidungssektor für Arbeiter und Angestellte ab, der in West- und Ostdeutschland gilt. Er läuft Ende Januar 2017 in Westdeutschland und Ende April in Ostdeutschland aus. Die Vereinbarung gilt für 100 000 Beschäftigte (61 %). Die Arbeitsentgelte stiegen in Westdeutschland ab 1. Juni 2015 um 2,4 % und in Ostdeutschland ab 1. August 2016 um 2,3 %.

Die nächste Tarifrunde startet im Dezember 2016.

Spanien

FICA berichtete über die Halbzeitbewertung von vier sektoralen *Erga-omnes*-Vereinbarungen:

- Vereinbarung 2016-2018 für alle 2400 Beschäftigten im Gerbereigewerbe (14 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,0 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2018.
- Vereinbarung 2015-2017 für alle 78 300 Beschäftigten im Textil- und Bekleidungssektor (20 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 0,9 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2017.
- Vereinbarung 2015-2017 für alle 17 000 Beschäftigten der Lederindustrie (2 % davon gewerkschaftlich organisiert); Entgelterhöhung um 1,2 % im Jahr 2016; nächste Verhandlungsrunde im zweiten Halbjahr 2017.
- Vereinbarung 2014-2015 für alle 24 000 Beschäftigten der Schuhindustrie (36 % davon gewerkschaftlich organisiert); keine Entgelterhöhung im Jahr 2016; Verhandlungsrunde zum Zeitpunkt der Berichterstattung im Gange.

3.4 Stahlsektor

Die Stahlindustrie verarbeitet Eisenerz zu Stahl und wuchs letztlich aufgrund des Bedarfs an härteren und einfacher herzustellenden Metallen. Stahl spielte beim Aufbau moderner Volkswirtschaften, abhängig von Eisenbahninfrastrukturen, Pkws und anderen Nutzfahrzeugen wie auch einer Vielzahl weiterer Stahlerzeugnisse, eine zentrale Rolle. Bis Ende des letzten Jahrhunderts schnellte die Produktion nach oben. Im Laufe des 20. Jahrhunderts verzeichnete die Rohstahlerzeugung noch erstaunliche Zuwachsraten. In den letzten Jahren waren jedoch Probleme durch Überkapazitäten, Billigimporte aus China und sinkende Preise zu beobachten.



3.4.1 Produktion

Das Produktionsvolumen erreichte 2015 nach einem Rückgang um 6,4 % zwischen 2011 und 2013 nahezu das Niveau von 2010. In Polen, Ungarn, Dänemark und der Türkei gingen die Zahlen am stärksten nach oben. In Deutschland, das rund ein Viertel des EU-Produktionsvolumens stellt, gab es einen Zuwachs von 3,3 %. Italien, Spanien, Frankreich wie auch Großbritannien hatten hingegen Rückgänge zu beklagen.

Die Tabelle berücksichtigt alle Grundmetalle, nicht nur Stahl.

Tabelle 33: Volumenindex der Produktion in der Metallerzeugung, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	105,0	100,2	98,6	100,9	100,9
ER-19	104,2	98,9	97,3	100,0	100,0
Belgien	99,5	96,4	96,4	96,1	105,6
Bulgarien	106,7	98,3	102,0	103,8	98,5
Tschechien	105,6	97,2	95,4	98,8	97,6
Dänemark	107,1	95,8	102,3	108,5	121,3
Deutschland	104,4	100,8	100,5	103,3	103,0
Estland	95,3	84,5	88,2	97,7	93,8
Griechenland	107,2	101,8	96,8	101,9	105,7
Spanien	101,3	93,5	92,2	95,8	95,8
Frankreich	102,6	94,2	92,7	94,4	90,0
Italien	105,4	97,8	91,3	94,0	91,5
Lettland	100,1	133,3	58,9	30,0	:
Litauen	127,7	141,5	158,6	84,0	83,1
Ungarn	108,3	102,2	105,8	109,2	113,1
Niederlande	98,0	99,4	101,2	106,6	107,2
Österreich	111,7	108,0	108,8	110,9	116,1
Polen	116,8	114,2	110,9	117,7	117,8

Portugal	101,7	97,6	99,8	103,5	113,8
Rumänien	109,3	100,7	93,1	97,4	101,2
Finnland	103,6	98,8	97,5	102,6	105,3
Schweden	104,7	97,6	92,6	92,3	110,4
Vereinigtes Königreich	108,6	110,9	110,7	107,8	97,2
Norwegen	92,2	88,2	84,3	87,3	80,9
EJR Mazedonien	115,3	102,4	91,7	92,9	98,8
Türkei	111,0	116,8	122,9	123,1	122,8

3.4.2 Beschäftigung

Der Beschäftigungsrückgang im Bereich der Metallherzeugung im Zeitraum 2010-2015 betrug in der EU-28 3,0 %, im ER-19 fiel der Wert etwas höher aus. In Belgien beispielsweise verloren 17,3 % der Belegschaft im Stahlsektor ihren Arbeitsplatz, in Spanien 13,0 % und in Finnland sogar 26,1 %.

Im gleichen Zeitraum gab es Zuwächse in Deutschland, Österreich, Polen, Großbritannien sowie Dänemark und Estland (27-30 %, deutlich mehr als der Produktionsvolumenzuwachs). In der Türkei legte die Beschäftigung im Stahlsektor um 20,3 % zu.

Tabelle 34: Beschäftigungsindex (Zahl der Beschäftigten) in der Metallherzeugung, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS), 2010 = 100

GEBIET/JAHR	2011	2012	2013	2014	2015
EU-28	101,4	99,6	97,3	96,6	97,0
ER-19	100,2	99,0	96,9	95,4	95,7
Belgien	100,2	96,9	89,2	84,9	82,7
Bulgarien	91,7	85,7	82,8	88,5	82,6
Tschechien	105,1	98,3	100,8	99,6	101,2
Dänemark	107,9	114,3	109,6	115,2	116,2
Deutschland	102,7	104,1	103,1	103,1	102,9
Estland	127,0	111,2	107,7	129,8	130,0
Griechenland	98,7	94,5	87,3	86,9	92,3
Spanien	93,9	86,1	81,6	79,4	87,0
Frankreich	98,6	98,3	96,8	95,3	93,1
Kroatien	90,5	68,9	73,1	74,9	71,2
Lettland	102,6	110,6	97,6	39,0	44,0
Litauen	105,6	117,4	125,6	71,2	72,6
Ungarn	100,6	99,1	97,0	101,7	104,6
Niederlande	100,3	96,5	94,5	92,8	92,9
Österreich	103,5	105,1	105,8	107,2	109,0
Polen	105,8	106,1	103,8	104,0	104,4
Portugal	98,7	94,7	91,9	91,5	95,5
Rumänien	101,0	100,0	91,5	88,9	88,4
Finnland	99,1	87,9	84,8	73,6	73,9
Schweden	108,2	105,3	99,5	96,5	96,1
Vereinigtes Königreich	104,3	101,1	99,3	104,7	107,6
Norwegen	97,0	91,3	88,0	89,5	90,6
EJR Mazedonien	110,6	108,4	107,4	106,2	102,8
Türkei	109,1	114,6	116,4	119,9	120,3

3.4.3 Antworten auf die Umfrage

Die im Jahr 2010 erstmals durchgeführte Stahlauffrage hatte bisher immer eine hohe Rücklaufquote. An dieser Umfrage im Jahr 2016 haben 19 Gewerkschaften aus 13 Ländern teilgenommen.

Tabelle 35: Zahl der 2014, 2015 und 2016 teilnehmenden Gewerkschaften im Stahlsektor bzw. ihrer Herkunftsländer

Jahr	Länder	Gewerkschaften
2014	18	22
2015	12	15
2016	13	19

Neue Vereinbarungen wurden aus Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, der Slowakei und Schweden gemeldet.

Österreich

PRO-GE berichtete über einen allgemeinverbindlichen Kollektivvertrag für 180 000 Arbeiter und Angestellte in den Metall- und Stahlsektoren. Die nächste Tarifrunde beginnt am 26. September 2016. Die Lohnerhöhungen für 2016 waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht bekannt.

GPA-djp berichtete über einen nationalen Kollektivvertrag, der für alle Beschäftigten (6200) der Branche gilt. Die Hauptforderungen waren eine Verbesserung der Kaufkraft, die Erhöhung des Mindestlohns, eine Anhebung der Lehrlingsvergütung, die Möglichkeit einer Freizeitoption, eine Arbeitszeitverkürzung bei ständiger Schichtarbeit und höhere Aufwandsentschädigung für Reisen in andere EU-Staaten. Entgelte, Zulagen und Aufwandsentschädigungen wurden um 1,5 % erhöht (Lohntabelle als Anhang gesendet). Es wurde auch eine Vereinbarung über ein neues Arbeitszeitkonto erreicht (separates Dokument). Die nächste Tarifrunde steht für September 2016 an, Ziel ist die Verkürzung der Arbeitszeit.

Belgien

METEA und Metaal berichteten gemeinsam über eine für alle Unternehmen (*erga omnes*) geltende Branchenvereinbarung. Sie erfasst insgesamt 11 500 Arbeitnehmer. Die Vereinbarung wurde im November 2015 für den Zeitraum 2015-2016 abgeschlossen.

Die Hauptforderungen waren:

- Entgelterhöhung um 2 % + Einmalzahlungen
- Nachhaltige Beschäftigung
- Klausel zur Arbeitsplatzsicherheit; keine Einzel- oder Massenentlassungen während der Laufzeit der Vereinbarung
- Recht auf Ruhestand ab 55 nach 35 Arbeitsjahren
- Wertung von Schulungszeit als Arbeitszeit

- Strikte Begrenzung der Zahl befristeter Arbeitsverträge (Festanstellung nach sechsmonatiger Beschäftigung in einem Zeitraum von mindestens zwölf Monaten, keine neue Probezeit)

Die Verhandlungen fanden auf betrieblicher Ebene statt. Bezüglich der Ergebnisse sind keine Informationen eingegangen.

Die nächste Tarifrunde soll gegen Ende 2016 beginnen.

Tschechien

Die letzte in der tschechischen Stahlindustrie abgeschlossene Sektorvereinbarung stammt noch aus dem Jahr 2000 und war in den Jahren 2001 bis 2003 gültig. Dem Arbeitgeberverband wurde jedes Jahr ein neuer Entwurf für eine Vereinbarung überreicht, der Verhandlungen jedoch mit dem Argument verweigerte, kein Mandat von seinen Mitgliedern zu haben. Dieses Jahr wurde mit Unterstützung eines staatlichen Mediators ein neuer Versuch gestartet. Die Gewerkschaften waren jedoch wieder nicht erfolgreich. Die Arbeitgeber haben ihre negative Einstellung gegenüber Tarifverhandlungen nicht geändert.

Die Hauptforderungen waren:

- Nominallohnerhöhung um mindestens 3 % gegenüber 2015
- Interne Stellenausschreibung vor externer Bewerbersuche
- Arbeitszeit: 37,5 Stunden pro Woche
- Weiterbildungsrechte auf Grundlage individueller Vereinbarungen mit Arbeitnehmern
- Schulungsrechte für Gewerkschaftsfunktionäre

OS KOVO bereitet Schritte vor, um Druck auf die Arbeitgeber (nationaler Stahlverband) auszuüben, damit diese ihre strikte Ablehnung sektoraler Tarifverhandlungen aufgeben.

Dänemark

CO-industri hat eine Vereinbarung mit einer Laufzeit vom 1. März 2014 bis zum 1. März 2017 abgeschlossen. Die Gesamtvereinbarung wird auf nationaler Ebene ausgehandelt. Die in der nationalen Vereinbarung festgelegten Mindestlohnsätze dienen als Benchmark für die Tarifverhandlungen auf Unternehmensebene.

In Anbetracht der noch zaghafte Erholung von der Finanzkrise wurde vereinbart, dass die Entgelterhöhungen nur die Inflation abgelten sollten.

- Der Mindestlohn pro Stunde von 108,70 DKK (14,6 €) wurde ab 1. März 2014 um 1,50 DKK (0,20 €), ab 1. März 2015 um 1,65 DKK (0,22 €) und ab 1. März 2016 um weitere 1,80 DKK (0,24 €) erhöht.
- Der Arbeitgeberbeitrag zu den optionalen Lohnkonten der Arbeitnehmer ist gestiegen, seit 2014 um 5 %.
- Die Prämien für belastende Arbeiten wurden um 4,8 % erhöht.
- Entlassene Arbeitnehmer erhalten mit Unterstützung des sektoralen Kompetenzentwicklungsfonds eine zusätzliche Schulungswoche.
- Wochenarbeitszeit bleibt bei 37 Stunden.

- Vergütung für Auszubildende und Studierende steigt jedes Jahr.
- Arbeitnehmervertreter erhalten mehr Informationen über die Bedingungen für Zeitarbeitskräfte und mehr Möglichkeiten zur Vermeidung von Missbrauch.
- Gleichgeschlechtliche Eltern erhalten gleiches Recht auf Elternurlaub. Bezahlter Elternurlaub wird von 11 auf 13 Wochen verlängert, jeder Elternteil hat Anspruch auf fünf Wochen, und die restlichen drei Wochen werden einem der Elternteile gewährt.

Die nächste Tarifrunde soll Anfang 2017 starten.

Finnland

Metalli und PRO berichteten Ähnliches über Vereinbarungen im Stahlbereich, die im November 2014 in Kraft getreten und am 31. Oktober 2016 ausgelaufen sind. Sie wurden im Mai 2016 neu ausgehandelt und werden im nächsten Bericht erläutert. 2014 und 2015 fielen die Entgelterhöhungen sehr moderat aus.

Frankreich

FGMM CFDT schloss 2016 keine neue Vereinbarung im Stahlsektor ab. Verhandlungsthemen waren die Mindestlohntabellen und das Kompetenzentwicklungsmanagement. Es wurde jedoch nichts vereinbart bzw. unterzeichnet. Die bestehende Vereinbarung gilt für 45 Unternehmen mit 18 000 Beschäftigten, wovon 3000 Führungskräfte sind. Die nächsten Verhandlungen über Mindestlöhne finden ab dem dritten Quartal 2017 statt.

Deutschland

IG Metall verhandelt in drei Tarifbezirken über Branchentarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende: Nordwestdeutschland (75 000), Ostdeutschland (8000) und Saarland (15 000). Die Bedingungen sind deutschlandweit im Großen und Ganzen einheitlich. Betriebsvereinbarungen gibt es an den beiden RIVA-Standorten in Ostdeutschland mit identischen Bedingungen wie im Branchenvertrag für die ostdeutsche Stahlindustrie und im Stahlwerk Thüringen (740 Beschäftigte) mit niedrigeren Standards als im Branchentarifvertrag.

Ende 2015 wurden neue Vereinbarungen im Nordwestdeutschland abgeschlossen. Die wichtigsten Inhalte waren:

- Entgelterhöhung um 2,3 % (14 Monate)
- Einmalzahlung von 200 € (Auszubildende 80 €)
- Erstattung der Fahrten zur Berufsschule für Auszubildende
- Verlängerung der Vereinbarung über Altersteilzeit bis Februar 2016
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Beschäftigungssicherung (TV Besch) bis Januar 2019. Dieser Tarifvertrag ermöglicht die Absenkung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 28 Stunden bei teilweisem Lohnausgleich, um Arbeitsplatzverluste zu vermeiden und garantiert die unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach Abschluss ihrer Lehre.
- Verlängerung des Tarifvertrags über den Einsatz von Werkverträgen

Im Januar 2016 wurde im Saarland ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Er sah Folgendes vor:

- Entgelterhöhung um 2,3 % (16 Monate)
- Einmalzahlung von 200 € (Auszubildende 160 €)
- Verbesserungen für Auszubildende
- Verlängerung des Tarifvertrags über den Einsatz von Werkverträgen, einschließlich Subunternehmen von Werkunternehmen, bis Februar 2017
- Besserer Schutz von Vertrauensleuten

Die Verhandlungen in den Tarifbezirken Nordwestdeutschland und Ostdeutschland beginnen voraussichtlich in der letzten Februarwoche oder Anfang März 2017. Das Saarland folgt traditionell drei Monate später. Hauptthemen werden Entgelterhöhungen und die Altersteilzeit sein, Massive Umstrukturierungen und Konsolidierungen könnten sich ggf. auf die Forderungen auswirken.

Italien

FIOM schloss im Berichtszeitraum keine neue Vereinbarung im Stahlsektor ab. Die aktuelle branchenübergreifende Vereinbarung erfasst 1,8 Mio. Arbeitnehmer, wovon 40 000 im Stahlsektor beschäftigt sind. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung fanden Verhandlungen auf nationaler Ebene statt.

Niederlande

FNV hat im einjährigen Berichtszeitraum ebenfalls keine Vereinbarung im Stahlsektor abgeschlossen. Die derzeitige Vereinbarung läuft im April 2017 aus, und entsprechende Verhandlungen sollen zu Jahresbeginn aufgenommen werden.

Slowakei

OZ KOVO berichtete über eine überarbeitete Vereinbarung auf höherer Ebene für die Metallerzeugung, die für den Zeitraum von Mai 2016 bis April 2018 ausgehandelt wurde. Sie gilt nicht automatisch für alle Unternehmen, erfasst aber trotzdem 15 500 Arbeitnehmer (über 70 %). Nach einer Ausweitung durch den Arbeitsminister gilt sie für 20 000 Beschäftigte (90 %, also fast *erga omnes*).

Die Entgelte wurden um 2,7 % erhöht. Das Ergebnis blieb hinter den Forderungen zurück, was zum Teil auf sinkende Rohstoffpreise und Gewinnrückgänge in der Branche zurückzuführen ist. Instrumente zu Beschäftigungssicherung, Arbeitszeit, Weiterbildungsrechten usw. blieben gegenüber 2015 unverändert. OZ KOVO forderte die 35-Stundenwoche in allen Unternehmen, nicht nur in einigen.

Bei den nächsten Verhandlungen im Jahr 2017 geht es um Zusätze zum Engelt.

Schweden

IF Metall berichtete, dass es in Schweden insgesamt 13 Stahlwerke gibt. Außerdem gibt es 15 Stahlverarbeitungswerke. Die schwedische Stahlindustrie beschäftigt 16 000 Arbeitnehmer direkt und 26 000 indirekt. Im März 2016 wurde eine neue Vereinbarung mit einer Laufzeit von zwölf Monaten abgeschlossen. Sie gilt für alle Arbeiter im Stahlsektor. Die Entgelte stiegen um 2,2 %. Die Forderung lautete 2,8 %. Eine Arbeitsgruppe aus Gewerkschafts- und ArbeitgebervertreterInnen wurde eingerichtet, um den Stand der Geschlechtergleichstellung zu analysieren. Die nächste Tarifrunde steht für Herbst 2016 auf dem Programm, da bis April 2017 eine neue Vereinbarung

abgeschlossen werden sollte. Entgelterhöhungen und sichere Beschäftigung sind wahrscheinliche Forderungen, die im November 2016 vom „IF Metall“-Ausschuss beschlossen werden.

Die schwedische Gewerkschaft Engineers schloss für den Zeitraum von 1. April 2016 bis März 2017 eine neue Vereinbarung mit denselben Lohnforderungen und Ergebnissen wie oben beschrieben ab. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ab dem Alter von 60/62 Jahren wurde gefordert. Schließlich wurde ein Plus von 0,2 % für die Altersteilzeit erreicht. Es wurden Arbeitsgruppen zur Geschlechtergleichstellung und zu Sicherheit und Gesundheitsschutz eingerichtet. Die nächste Tarifrunde mit den voraussichtlichen Schwerpunktthemen Entgelte und Altersteilzeit beginnt im Frühjahr 2017.

Schweiz

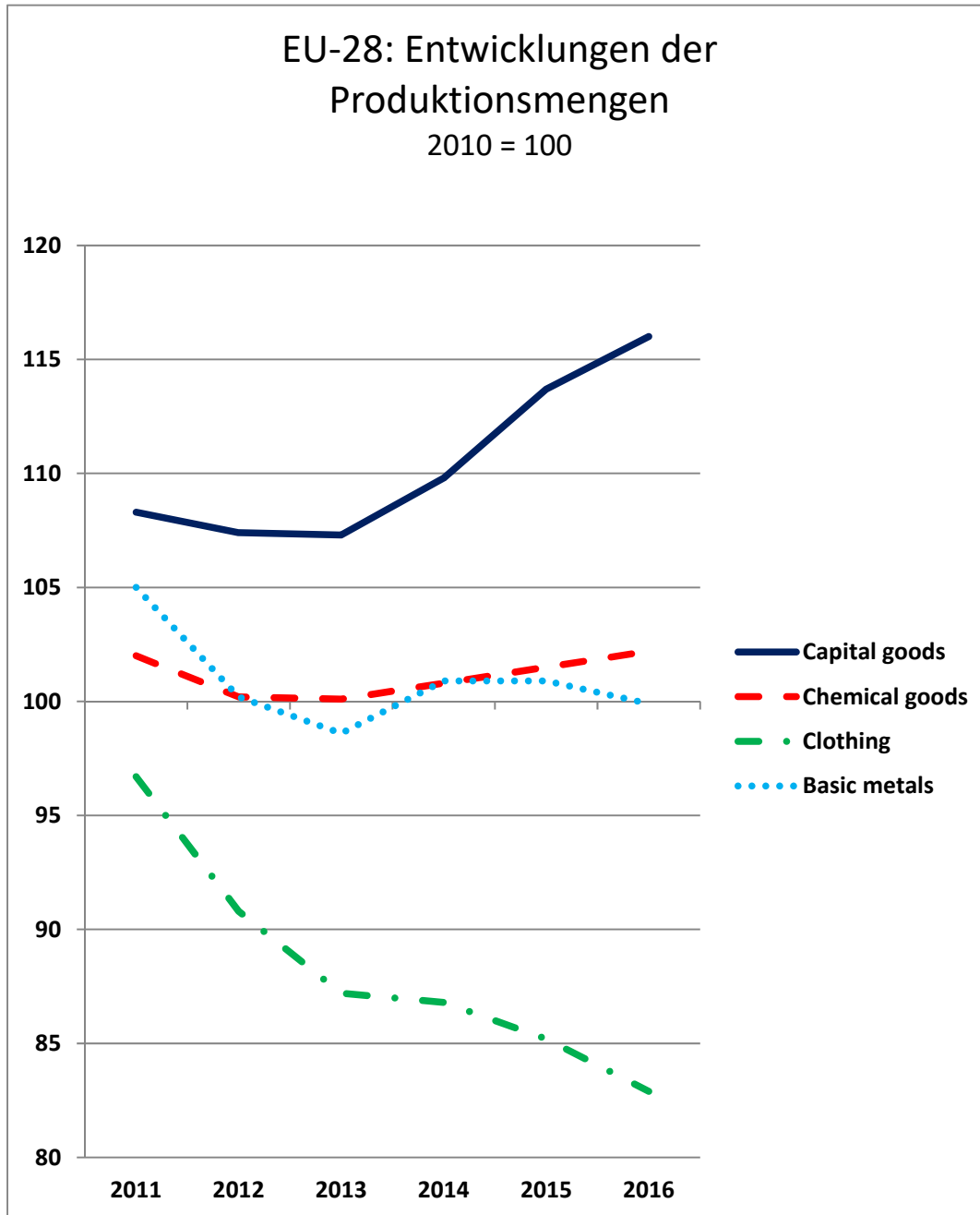
UNIA berichtete kurz, dass es im Berichtszeitraum keine Verhandlungen im Stahlsektor gab. Die nächste Tarifrunde findet 2018 statt. Die Entgelterhöhungen lagen aufgrund des starken Schweizer Franken nahezu bei null.

4 Sektorübergreifender Vergleich

4.1 Produktion

Die nachstehende Abbildung zeigt deutlich, dass die Metallerzeugung in den letzten fünf Jahren eine positive Entwicklung verzeichnete, während die Produktion in der Bekleidungsindustrie kontinuierlich nach unten ging. Das Produktionsvolumen von Chemikalien wie auch Stahlerzeugnissen war stabil und legte 2015 sogar leicht zu.

Abbildung 4: Produktionsmengenindex, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS)



4.2 Beschäftigung

Die Beschäftigungs- und Produktionskurven verlaufen relativ gleich, auffallend ist jedoch der starke Abfall im Sektor Metallerzeugung bis 2014. Die Beschäftigung in der Bekleidungsindustrie verzeichnete 2015 einen Einbruch.

Abbildung 5: Beschäftigungsindex, Quelle: Eurostat, Konjunkturstatistik (STS)

